

**Compliation of articles/results from Foreign Press Center**  
**Foreign Reporting Tour**  
**TTIP Journalist Exchange Program**  
**February 27 – March 5, 2016**

**Austria – Hermann Sileitsch-Parzer**

**We Have a Problem with Agricultural Exports to the EU**

[Summary translation by Embassy Vienna] The author cited U.S. Ambassador to the EU Anthony Gardner. He pointed out that the EU exports more food products to the United States than the U.S. to Europe. According to Gardner, this is due to “a problem with market access for U.S. agricultural products in the EU.” Also, “we will not jeopardize our high standards,” a TTIP negotiator from the U.S. emphasized. Ambassador Gardner concurs, suggesting that it would be better for the U.S. and the EU to establish new standards than to leave the field to others: “Either we shape globalization or we will be shaped by others.” Besides, “if the U.S. really wanted to lower all those environmental, health, and security standards,” a common accusation from TTIP critics, “why would TTIP have to pass all the EU’s national parliaments?”

**US-Botschafter: "Wir haben ein echtes Problem bei Agrarexporten in die EU"**

<http://kurier.at/wirtschaft/wirtschaftspolitik/us-botschafter-wir-haben-ein-echtes-problem-bei-agrarexporten-in-die-eu/183.383.940>



Foto:

APA/EPA/JEFFREY PHELPSUSA wollen ihre Lebensmittel wie Käse verstärkt in Europa absetzen.

**Kongress segnet Handelsabkommen niemals ab, wenn sich EU nicht mehr öffnet.**

## **Hermann Sileitsch-Parzer**

26.02.2016, 06:00

12,1 Milliarden Dollar zeigen: Da läuft was kräftig schief. Das findet zumindest Anthony L. Gardner, US-Botschafter bei der EU. Um diesen Wert hat nämlich die Union 2015 mehr Lebensmittel und Agrargüter in die USA exportiert als umgekehrt. Ein Rekord. Ist holländischer Gouda in den Staaten vielleicht doch mehr gefragt als sein Pendant aus Wisconsin hier?

Nicht aus US-Sicht. Das riesige Loch der Handelsbilanz zeige, "dass wir ein echtes Problem mit dem Marktzugang für US-Agrarprodukte in der EU haben", so Gardner vor Journalisten in Brüssel. Sprich: Die EU schotte sich durch Handelsbarrieren ab. Anders sei nicht erklärbar, dass die US-Exporte in die EU inflationsangepasst nur ein Drittel des 1980er-Wertes ausmachen. Und das, wo nun US-Lebensmittel im Rest der Welt große Erfolge feierten.

Denselben Vorwurf hört man freilich auch in der Gegenrichtung: "Viele europäische Unternehmen haben die USA als Markt aufgegeben", sagt Iria Campos Alvarez von Eucofel, einer Vereinigung europäischer Obst- und Gemüseproduzenten, zum KURIER. Die Zölle – etwa 96 Cent für ein Kilo Zwiebeln – seien ein geringeres Problem. Dafür dauerten die US-Zulassungsverfahren zwei bis acht Jahre und seien extrem teuer. "Wir setzen unsere hohen Standards nicht aufs Spiel", sagt eine US-Verhandlerin. Das hört man genau so auf EU-Seite. Aber wo geht es um sichere Lebensmittel und Seuchenvorsorge? Oder darum, Konkurrenz fernzuhalten? Ein schmaler Grad.

Für US-Botschafter Gardner steht jedenfalls fest: Der US-Kongress wird dem Handelsabkommen TTIP mit der EU nur zustimmen, wenn die Ungleichheit bei den Agrarexporten adressiert wird.

### **Karge Aufträge**

Für die EU sind öffentliche Ausschreibungen so ein Knackpunkt: Die USA ließen keine europäischen Unternehmen zum Zug kommen, während die EU viel offener sei. Stimmt nicht, sagt Gardner. Und spielt den Ball zurück. Demnach würden in der EU 98,4 Prozent der Aufträge national vergeben. "US-Firmen kommen sogar nur bei 0,016 Prozent der EU-Ausschreibungen zum Zug."

Der Hickhack zeigt, warum TTIP so mühsam vorankommt. Und trotzdem: Besser die USA und EU setzen neue Standards, als sie überlassen anderen das Feld, sagt Gardner: "Manche Kritiker glauben, mit TTIP entscheide sich Europa bewusst für mehr Globalisierung. Diese ist aber ein Faktum, man entkommt ihr nicht: Entweder wir versuchen, sie zu formen. Oder wir werden geformt." Bis 20. Jänner 2017 sei das Zeitfenster günstig, um den TTIP-Text zu finalisieren. sagt der US-Botschafter. Sonst ginge mit dem Wechsel im Präsidentenamt wertvolle Zeit verloren.

Am Ende müsste TTIP 37 Parlamente passieren, rechnet Gardner vor: 26 EU-Staaten, zwei deutsche Kammern, sieben belgische Regionalparlamente, das EU-Parlament und den US-Kongress. "Wenn wir wirklich die Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards absenken wollten, wie uns vorgeworfen wird: Wie um alles in der Welt könnte so ein Abkommen so viele Parlamente passieren?"

## Striving for TTIP: The most difficult issues are still unresolved

[Summary translation by Embassy Vienna] The author gave an overview of the main issues that are still to be negotiated, especially in the area of agriculture, after the 12<sup>th</sup> round of TTIP negotiations. Regarding ISDS, "the U.S. side has little problem with the EU-proposed court, quoting U.S. chief negotiator Dan Mullaney as saying that "we understand many of the concerns." EU chief negotiator Garcia-Bercero told the paper that "we are speeding up the negotiations. There will be two more rounds before the summer." Sileitsch further reported that both negotiating sides exclude that there will be a 'TTIP light' in the end.

<http://www.pressreader.com/austria/kurier-samstag/20160227>

# Wirtschaft

Samstag | 27. Februar 2016 | www.kurier.at/wirtschaft

KURIER



Hirscher zufriedener Zweiter  
Der Salzburger blieb beim RTL in Hinterstoder nur hinter Pinturault.

→ SPORT 17

II

## Ringen um TTIP: Die heikelsten Punkte sind noch offen

AUS BRüssEL  
HERMANN SLEZITSCH-PANZER

**Freihandelsabkommen.**

Streitige Fragen wie öffentliche Aufträge oder Agrarpolitik sind ganz ans Ende verschoben.

Am Freitag ging in Brüssel Runde zwölf der Verhandlungen über das transatlantische Handelsabkommen (kurz: TTIP). Wo stehen EU und USA aktuell? Wo spiegeln sich die Verhandlungen? Der KURIER bewertet die wichtigsten Fragen.

❓ **We stehen die TTIP-Verhandlungen an einem Scheideweg?** Sie sind in den Mühen der Ebene angekommen. Nachdem im Januar mit Runde 27 das Kapitel Dienstleistungen abgeschlossen wurde, kann nun mit Formulierungen und technische Details gefeiert werden. Die heikelsten Punkte sind überhaupt an das Ende der Verhandlungen verschoben. Und das ist kein Zufall. Ein langer Zeitraum ist für einen langen Insider. Offiziell hielten alle am Ziel fest, den TTIP-Text so zu finalisieren, dass US-Präsident Barack Obama vor 27. Januar 2017 die Unterschrift unter den Vertrag vor den Bevollmächtigten des Parlaments darlegen kann. Das wird aber eng – dazu müsste bis Sommer ein Text auf dem Tisch liegen und bei den schwierigen Praktiken abgestimmt werden. Durch geschäftsfreudigen „Wirbeschleunigen“ die Verhandlungen, vor dem Sommer gäbe es noch zwei Runden“, sagte US-Chefverhandler Ignacio Garcia-Bercero.

❓ **Wo liegen die Knackpunkte, die am heftigsten umstritten sind?** Das liegt in den USA und sich ist 97 Prozent der Ziele über die Abschaffung einigt – die restlichen drei Prozent betreffen sensible Bereiche wie Gemüse oder Fleisch und sind vorerst nicht ausgespielt. Die EU willigt, dass die US-Bestimmungen die Auslieferungen für europäische Unternehmen öffnen. Hier werden nächste Woche erst Vorschläge ausgetauscht. Die USA wiederum fordern die Abschaffung von Agrarsubventionen und eben geografische Herkunftsbescheinigungen (wie Tiroler Speck, Prosecco, Parmesan) als Handelslücken. Nicht handelbar, heißt es von EU-Seite – da sind Lösungen schwierig.

❓ **Wird am Ende ein „TTIP light“ stehen, bei dem alle heikelsten Punkte ausgespart sind?** Das steht auf beiden Seiten deutlich aus: „Ein TTIP light würde im Europäischen Parla-

ment keine Zustimmung finden“, betont Bernd Lange, der Vorsitzende des Handelsausschusses in der Volksvertretung.  
Bernd Lange, der Vorsitzende des Handelsausschusses in der Volksvertretung.

❓ **Wie haben die USA die EU-Ideas einer neuen Art von Handelsregeln aufgegriffen?** Das ist Ochsenkopf, in allen Verhandlungen haben die USA die EU-Ideas aufgegriffen und dabei einen eigenen Investitions-Schiedsgerichtshof zu etablieren. Dort sollen staatlich besetzte Schiedsrichter urteilen – womit die USA die EU-Ideas aufgegriffen haben. „Wir verabschieden viele der Bedenken“, sagte US-Chefverhandler Dan Mullaney. Allerdings will die EU gegen Urteile berufen können.



## ZUKUNFTSWEISENDE ENTWICKLUNGEN beginnen hier.



### ÜBERBLICK

#### Dumping bei Auslands-Firmen

**Baubranche.** Die Bausubstanz-Umlauf- und Abfallriegelkalkulationen stieg im 2. Quartal 2015 bei 398 ausländischen Baufirmen um sechs Prozent. Damit bestand bei jeder vierten kontrollierten Firma Verdacht auf Lohn-dumping. Bei den österreichischen Baufirmen waren es nur 0,5 Prozent.

**„Clever“-Paprika zurückgerufen**  
**Glassplitter.** Die Rewe-Tochter Delikaussa hat das Produkt „Clever“ gefüllte Paprika auf den Markt gerufen. Am 13.01.2015 wurde der Rückruf vom Markt genommen. Ein Konsument hat Glasstückchen gefunden.

#### Banken-KV wieder unterbrochen

**Betriebsversammlungen.** Die Banken-KV-Runde wurde am Freitag ohne Ergebnis unterbrochen, da die zweite Runde am 16. März macht die Gewerkschaft mit Betriebsversammlungen Druck.

### Novomatic

Gaming innovation starts here.

Als einer der führenden Gaming-Technologiekonzerne der Welt verdanken wir unseren Erfolg den mehr als 24.000 Mitarbeiterinnen. Die Basis dafür bilden ihre multikulturelle Vielfalt, konsequente Weiterbildung und ihr vernetztes Wissen. Damit fördern wir großartige Karrieren ebenso wie innovative Technologien – am Standort unseres Headquarter in Österreich und in mehr als 50 weiteren Ländern.

Mehr dazu auf [www.novomatic.com](http://www.novomatic.com)

## **TTIP Could Lower Prices**

[Summary translation by Embassy Vienna] The head of the EU Consumer Protection Agency Monique Goyens supports TTIP, “which might be surprising to Austrians who widely reject TTIP.” Goyens is watchful that both sides (U.S. and EU) keep consumer standards high, and she told the paper that the EU “is not as exemplary, as it likes to appear, e.g. in the medical device industry,” where standards are much higher in the U.S. Goyen lists the advantages of TTIP for the consumers as being “low prices, wider range of goods, better controlling systems.”

<http://kurier.at/wirtschaft/wirtschaftspolitik/ttip-koennte-tiefere-preise-bringen/184.299.893>

### **TTIP könnte tiefere Preise bringen**



Foto: APA/EPA/JULIEN WARNDAMonique Goyens: Sieht Gefahr von vorauseilendem Gehorsam.

**Europa ist nicht so mustergültig wie es glaubt, sagt Konsumentenschützerin aus Brüssel.**

01.03.2016, 18:00

"Wir sind nicht Teil der Stoppt-TTIP-Kampagne." Das betont Monique Goyens gleich zu Beginn mit Nachdruck. In Österreich, wo das geplante Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) auf viel Widerstand stößt, mag das überraschen: Europas oberste Konsumentenschützerin lehnt den Deal keineswegs kategorisch ab. Im Gegenteil: Niedrigere Preise, größere Auswahl, bessere Warnsysteme – die Öffnung des Handels

könne den Konsumenten viele Vorteile bringen, betonte die Generaldirektorin des Konsumentenschutz-Verbandes BEUC im Gespräch mit Journalisten in Brüssel. So seien dank der starken Konkurrenz aus Japan auch europäische Autos billiger und besser geworden.

Ob TTIP ebenfalls gut für die Konsumenten wäre? "Möglich, aber das müssen wir abwarten." Die geplante Abschaffung von Zöllen und die Marktöffnung sieht die Belgierin positiv. Bedenken hat sie, wenn es um den Abbau anderer Handelshürden geht. Den bürokratischen Aufwand für Unternehmen zu reduzieren, sei in Ordnung. Die Sicherheits- und Qualitätsstandards dürften aber nicht sinken.

Das werde niemals passieren, versichern die Verhandler beiderseits des Atlantiks zwar gebetsmühlenartig. Goyens will ihnen trotzdem auf die Finger schauen, denn der Druck der Firmen sei riesig. Agrar- und Lebensmittel-Firmen aus den USA seien besonders "aggressiv, oder sagen wir lieber, bestimmt."

### **Vorbildliche USA**

Davon, die USA und EU gegeneinander auszuspielen hält Goyens indes wenig. Denn auch die Europäer sind nicht so mustergültig, wie sie oft glauben. "Bei Medizingeräten sind wir die Versuchskaninchen. Bei uns werden Dinge implantiert, die in den USA nie zugelassen würden." Spielzeuge seien in den Staaten ebenfalls sicherer. Dagegen ist die strenge Chemikalienverordnung vorbildlich, die die EU 2006 gegen den Widerstand der Industrie eingeführt hat. Auch dass die USA bei Kosmetika elf Inhaltsstoffe verbieten, die EU aber 1378 Substanzen, spricht für sich.

Könnte sich in TTIP womöglich das Beste aus beiden Welten treffen, sodass tatsächlich neue globale Standards definiert werden? "Das wäre das Paradies, ist aber wohl etwas naiv", so Goyens. Dass TTIP Wachstumshormone für Rinder oder laxere Regeln für Gentechnik nach Europa bringt, hält die Expertin aber für ausgeschlossen: "Im Europäischen Parlament würde so ein Abkommen sicher blockiert." Goyens sieht aber die Gefahr von vorauselendem Gehorsam. Eigentlich ist in der EU seit 2013 eine Regelung für hormonell aktive Substanzen überfällig. Diese stehen im Verdacht, der männlichen Fruchtbarkeit zu schaden. Goyens glaubt, dass die EU-Kommission die Entscheidung aus Rücksicht auf US-Behörden hinauszögert.

Weitere Sorgen: Ein verlängerter Patentschutz für Medikamente in TTIP könnte verhindern, dass billigere Nachbaupräparate rasch auf den Markt kommen. Die US-Computerriesen aus dem Silicon Valley drängen auf einen gelockerten Zugriff auf Daten der EU-Konsumenten. Verdachtsmomente gibt es viele, bestätigen oder entkräften lassen sie sich erst, wenn der Vertragstext vorliegt. Selbst dann bleibt wohl vieles offen für Interpretation. Die Sprache von Handelsabkommen regelt keine Details, sondern Abläufe.

## **Belgium – Philippe Leruth**

### **TTIP by the end of the year, really?**

[Summary translation by FPC] "The climate of the negotiations has been very positive," said one of the participants. "Before July, three new rounds of negotiations will take place," announced the two chief negotiators, Ignacio Garcia Bercero and Dan Mullaney. With the aim of having, by the summer "consolidated texts, which combine European and American proposals on all chapters open for negotiation for two and a half years," says our observer. If the movement is accelerating, is that the American side, we hope to conclude before the end of the second presidential term of Barack Obama. Because a new presidency always begins with a transition period, and the transatlantic pact might well be delayed to 2018.

### **Un TTIP pour la fin d'année, vraiment ?**

#### **EUROPE-ÉTATS-UNIS**

Le douzième round de négociation du traité transatlantique s'est achevé hier. Dans un climat positif. Peut-il être conclu d'ici à décembre?

Philippe LERUTH

Le climat des négociations a été «très positif», confie un de ses acteurs. Hier, quelque 450 négociateurs européens et états-uniens ont clôturé, à Bruxelles, le douzième round de négociation du TTIP, le «Partenariat transatlantique de commerce et d'investissement». Ou plutôt, ils l'ont presque bouclé: en début de semaine prochaine, on s'échangera de part et d'autre de l'Atlantique des premiers documents relatifs aux marchés publics. Et leur discussion démarra pendant trois jours la semaine suivante.

«Avant juillet, trois nouveaux cycles de négociation se dérouleront», ont annoncé les deux négociateurs en chef, Ignacio Garcia-Bercero et Dan Mullaney. Avec l'objectif d'avoir, d'ici à l'été «des textes consolidés, qui mêlent propositions européennes et américaines, sur l'ensemble des chapitres ouverts à la négociation depuis deux ans et demi», précise notre observateur.

Si le mouvement s'accélère ainsi, c'est que, côté américain, on espère conclure avant la fin du second mandat présidentiel de Barack Obama. Parce qu'une nouvelle présidence débute toujours par une période de transition. Et que le Pacte transatlantique pourrait ainsi être renvoyé à 2018.

Conclure pour la fin d'année, donc? «Difficile, confirme notre interlocuteur. La campagne électorale aux États-Unis pèsera sur les négociations. Et puis, entre novembre, date de l'élection du prochain ou de la prochaine présidente, et janvier, date de son entrée en fonction, le Congrès devra ratifier le tout récent traité transpacifique. Là aussi, cela ralentira le mouvement».

## «Au milieu du gué»

Pour l'instant, on est «au milieu du gué» illustre notre observateur: des textes consolidés existent sur «à peu près la moitié» des trois piliers du futur pacte: l'accès aux marchés; les questions réglementaires; et les règles du commerce mondial. Cette semaine de négociation a porté surtout sur «les deux derniers domaines, ceux où il reste le plus de progrès à faire».

En matière réglementaire, par exemple, la certification des voitures, de part et d'autre de l'Atlantique, a été examinée: les moyens de contrôle sont identiques, et les objectifs communs. Mais le secteur s'accorde mal de la différence des points d'ancrage des ceintures de sécurité.

Dans le domaine du commerce mondial, les négociateurs états-uniens ont présenté un document en matière sociale et environnementale. Et il a été question, à nouveau, de protection des investisseurs.

### Des juges professionnels

«Un consensus s'est dégagé pour conserver aux États le droit de légiférer dans la sphère publique, tout en protégeant les droits des investisseurs», ont souligné Ignacio Garcia-Bercero et Dan Mullaney.

C'est un progrès: la proposition états-unienne était de confier à des juges privés le soin de trancher les litiges entre investisseurs et États. Et ne laissait qu'aux investisseurs le droit de saisir cette instance de conciliation, pour se plaindre de cas de «spoliation». Comme le cigarettier Philip Morris, soulignaient les critiques du système, qui a obtenu des millions de dollars d'indemnité de l'État uruguayen, «coupable» d'avoir rendu le paquet de cigarettes moins attractif (cf. nos éditions du 14 octobre dernier).

La Commission européenne a proposé plutôt, en novembre, une chambre de juges professionnels, désignés par l'Union Européenne et par les États-Unis, tirés au sort pour chaque litige. Et une instance d'appel pour cette chambre.

«Les Américains ne nous ont pas dit que c'était hors de question», sourit notre observateur. Mais ils objectent que l'Europe a concédé la procédure arbitrale qu'elle remet en cause aujourd'hui dans des accords commerciaux précédents, avec d'autres partenaires.

«Cela ne doit pas nous empêcher de réviser le système, argumente notre interlocuteur. Nous proposerons au Canada, avec lequel nous passons en revue l'accord que nous avons récemment conclu, d'y substituer cette procédure arbitrale par le mécanisme que nous avons soumis aux États-Unis».

Difficile, avec cette discussion supplémentaire, d'imaginer que le «Pacte transatlantique» puisse être prêt pour la fin d'année.

## **France – Frédéric Cheutin**

### **Behind the scenes of the negotiations for the Transatlantic Treaty**

[Summary translation by FPC] At the "Management Centre Europe", a modern and comfortable building, is held the 12th round of negotiations for TTIP. Under this barbarous name hides, according to its promoters, the most ambitious treaty ever signed between the European Union and other countries. And the country, in this case, is the United States. To its opponents, the TTIP will prove to be an abomination for Europe, its workers, as consumers.

### Dans les coulisses des négociations du Traité transatlantique

Ce mercredi matin du 24 février, il fait froid à Bruxelles. Et, comme d'habitude, on circule au pas sur les grands axes de la capitale belge. Rue de l'Aqueduc, en plein centre-ville, pas la moindre trace d'agitation et d'énervement. C'est pourtant là, au 118, que se situe le "Management Centre Europe", un bâtiment moderne et confortable, dans lequel se déroule le 12e round des négociations du T-tip, une abréviation anglaise pour "Partenariat transatlantique de commerce et d'investissement". Sous ce nom barbare se cache, selon ses promoteurs, le traité le plus ambitieux jamais signé entre l'Union européenne et un autre pays. Et ce pays, en l'occurrence, c'est les États-Unis. Pour ses opposants, le T-tip se révélera être une abomination pour l'Europe, ses travailleurs, comme ses consommateurs. *"Plus que T.T.I.P., ironise un parlementaire européen, ce sont les lettres U.S.A. qui cristallisent, à tort, toutes les méfiances, toutes les craintes, toutes les peurs."* Des peurs que n'ont pas cachées les "parties prenantes" lors de leur rencontre, minutée, ce mercredi matin-là, avec les négociateurs américains comme européens. Passés la remise des badges d'accréditation et les - stricts - contrôles de sécurité (la Belgique comme la France redoute des attentats et, toujours comme en France, fait patrouiller ses rues par des soldats en armes), passé le café et une viennoiserie ou un chocolat (belge) avalés au buffet petit-déjeuner accueillant les participants, place aux choses sérieuses. Quatre salles les attendent au premier étage du bâtiment : la première concerne les problèmes liés aux produits industriels et aux barrières techniques freinant le commerce, la deuxième ceux liés à l'agriculture, aux produits transformés et aux indications géographiques, la troisième s'intéresse aux services, aux investissements et aux marchés publics, la quatrième enfin aux règles concernant le développement durable, les droits de douanes, les entreprises d'État, la protection de la propriété intellectuelle. Bref, un peu tout.

Aux premiers rangs, les sièges réservés aux négociateurs. Ils sont là, sagement alignés. Derrière, la foule des "parties prenantes". En clair : organisations de consommateurs, lobbyistes, syndicalistes, représentants des industries, de l'agriculture, défenseurs de la nature, du droit à la santé pour tous... 11h, les premières "parties prenantes" prennent la parole. Le temps est limité : cinq minutes pour dresser - en anglais uniquement - un tableau complet de leurs préoccupations. Dans son coin, la médiatrice veille au grain (il faut qu'à 14h tout soit fini) :

*"Plus qu'une minute!" "Maintenant place aux questions."* Polis, les négociateurs se font préciser quelques points. Parfois quelqu'un dans l'assistance commente : *"Ces rencontres, souffle une représentante de consommateurs, c'est pour la galerie. Le vrai travail se fait ailleurs, au Parlement européen, auprès de la Commission"*. Les salles sont pleines à craquer. Des chaises sont rajoutées. L'ambiance est feutrée, mais les inquiétudes bien réelles. Pour y répondre, les négociateurs en chef, Dan Mullaney, pour les États-Unis, et Ignacio Garcia-Bercero, pour l'Union européenne, viennent à leur rencontre dresser le bilan d'avancement des travaux. Un échange auquel les journalistes ne sont plus invités. À leur intention est organisée, le vendredi, une conférence de presse. En résumé : tout va bien. Les négociations vont dans le bon sens et des textes sont *"consolidés"*, c'est-à-dire qu'Américains et Européens ont trouvé un accord satisfaisant pour les deux parties... Les deux négociateurs en chef se veulent rassurant : non, le T-tip ne tirera pas vers le bas la protection des travailleurs et des consommateurs ; oui, nous avons tous à gagner avec la signature de cet accord ambitieux, sans précédent, destiné à marquer de son empreinte le commerce du XXI<sup>e</sup> siècle... On ne demande qu'à les croire. Pour ça, deux rounds de négociations sont annoncés avant juillet. L'objectif, côté négociateurs, est de parvenir à un accord avant la fin du mandat de Barack Obama. Restera ensuite à le faire ratifier des deux côtés de l'Atlantique. Au vu de certaines réactions à Bruxelles, c'est pas gagné.

## In Louisiana, the battle to save French

[Summary translation by FPC] In danger of loss, our language has a new energy.

III | Dimanche 13 Mars 2016  
www.laprovence.com

## International

### ÉTATS-UNIS

#### Trump dénonce des violences planifiées

Donald Trump s'est déclaré hier "goualiste" dans sa campagne après l'annulation d'un de ses meetings émaillé d'échauffourées. Il a accusé l'opposition d'être le responsable de ces tensions et Barack Obama appelle à cesser les "insultes" et "violences". S'exprimant sur ces incidents devant la cour de Dayville (Ohio), le favori républicain pour la présidentielle a fait porter tout le blâme sur les centaines de manifestants qui ont fait irruption dans l'amphithéâtre de l'université de Chicago alors qu'il allait prendre la parole vendredi soir.

"Laissez-moi vous dire que les personnes qui ont fait le déplacement par milliers en étant invités n'ont causé aucun problème. Elles ont été huées et harcèlées par des gens qui sont venus qui, en passant, représentaient Hillary (Sanders), l'ami communiste", a affirmé M. Trump, en référence au candidat à l'investiture démocrate. Les protestataires, parmi lesquels de nombreux noirs et hispaniques, ont salué du bout des doigts "les violences planifiées". Des noms d'oiseaux, des bouteilles et des coups de poings ont volé, tandis que la sécurité tentait de séparer les groupes et d'évacuer la salle.

**"Ces voitures ont carrément dynamisé l'Amérique."** DONALD TRUMP

Cinq grands États (Floride, Illinois, Missouri, Ohio, Caroline du Nord) votent mardi pour les primaires, un jour qualifié de deuxième "super mardi" qui offrira à son vainqueur de la piste pour les élections générales. Le premier "super mardi" s'est déroulé le 1<sup>er</sup> mars.

Donald Trump a participé à deux meetings hier soir dans l'Etat de l'Ohio. Lors du premier, en bordure de la piste de tatare à tenté de monter sur la scène, les gardes du corps de M. Trump, des agents du Secret service, s'empressant d'entourer le candidat pour le protéger.

### SYRIE

#### Damas exclut d'aborder le sort de Bachar

Le régime syrien a prévenu hier que le sort du président Bachar al-Assad était une "ligne rouge" qu'il ne céderait pas, en questionnant l'opposition lors des négociations indirectes prévues à partir de dimanche à Genève. Alors que la guerre dévastatrice en Syrie entre le 15 mars dans sa sixième année, le sort de Bachar al-Assad reste l'un des derniers sujets sur lesquels la cordie entre le régime et l'opposition qui exige, comme ses alliés étrangers, son départ.

La relance des pourparlers, que l'Onu n'avait pas réussi à faire démarrer début février, a rendu possible par une trêve

sans précédent entre armée rebelle, initiée par Washington et Moscou et globalement reconnue comme une entrée en vigueur le 27 février.

L'issue des discussions reste très incertaine tant le fossé est grand entre le régime, soutenu par la Russie et l'Iran, et l'opposition appuyée par les Occidentaux, en premier lieu les Etats-Unis, qui veulent que la Turquie et les pays arabes, son départ.

À l'ordre du jour des discussions prévues du 14 au 24 mars, un nouveau gouvernement inclusif, une nouvelle gouvernance et de nouvelles élections législatives et présidentielles.

### ZOOM SUR L'Allemagne



Une manifestation antimigrants et anti-Merkel s'est déroulée hier à Berlin, à la veille des élections régionales à hauts risques pour la chancelière de plus en plus critiquée pour sa politique migratoire. /PHOTO AFP

### VENEZUELA

#### L'opposition mobilise contre Maduro

L'opposition vénézuélienne, forte de sa majorité parlementaire, a déclenché hier l'ensemble de la contestation populaire pour tenter de faire partir le président socialiste Nicolas Maduro, appelant la foule à manifester massivement. Pour l'analyste Luis Vicente Leon, l'exaspération face au chavisme est désormais le sentiment prédominant chez les Vénézuéliens.

### ITALIE

#### Six alpinistes tués par une avalanche

Six alpinistes ont été tués hier par une avalanche, qui a emporté un groupe d'une dizaine de personnes à plus de 3 300 mètres d'altitude, dans le secteur du Monte Nevoso, à la frontière avec l'Autriche. L'avalanche a également blessé d'autres alpinistes.

## En Louisiane, le combat pour sauver le français

Menacée de disparition, notre langue connaît un nouvel engouement



La Louisiane n'a pas de langue officielle. L'anglais est largement dominant mais le français bénéficie d'un statut spécial dès à l'histoire. Le Code civil louisianais est d'ailleurs encore en français. PHOTO DR

Les violences ont continué à l'extérieur et la police a procédé à au moins cinq arrestations. Deux policiers ont été blessés, dont un grièvement, dans un "coup des voitures (...) ont carrément dynamisé l'Amérique", a écrit hier M. Trump dans un tweet, en assurant ainsi qu'il poursuivrait sa campagne avec une détermination renforcée.

Donald Trump a participé à deux meetings hier soir dans l'Etat de l'Ohio. Lors du premier, en bordure de la piste de tatare à tenté de monter sur la scène, les gardes du corps de M. Trump, des agents du Secret service, s'empressant d'entourer le candidat pour le protéger.

point qu'en 1921, le français est banni des écoles. "I will not speak French on the school grounds." Je ne parlerai pas français dans l'école, se voyaient obligés de copier les élèves surpris à parler français.

Une situation qui se traduit par la fermeture du dernier périodique francophone, *L'Amélie*, en 1923 et qui dura jusqu'en 1930. L'Etat, alors très pauvre, a obtenu un recul mortel. "Ce sont les générations sacrifiées, résume Char-

**LES CHIFFRES**  
150 000 à 200 000 personnes parlent le français dans un état ou créole.  
42 000 élèves apprennent le français dans les écoles secondaires ou "langue du monde".  
50 000 élèves suivent dans 29 écoles, le cursus louisianais enseigné en français.  
30 % de résultats supérieurs ont été constatés, en moyenne, auprès des élèves scolarisés dans les dispositifs d'immersion.

les Larroque. *Les grands-parents parlaient français mais plus leur enfant. Ils étaient en effet dans la partie où il y avait le plus de meilleurs jobs. Pour protéger leurs enfants, pour se protéger aussi des soldats de l'armée américaine de la confédération. Beaucoup ont d'ailleurs été exécutés car ils refusaient d'être engagés dans un camp ou l'autre.*

Consequence de cet isolement, une extrême pauvreté dont certains ne sortiront qu'avec le bûcher pétrolier. Beaucoup ont alors quitté la Louisiane pour trouver un emploi. Et le confort économique dont ils ont alors bénéficié a fini par releguer le français aux oubliettes.

"Je veux que mes deux fils parlent français".  
Ma grand-mère parlait français, moi non, confie, en anglais, René Simon, directeur du département Agriculture et Forêts de Louisiane. *Ma mère s'exprime couramment en français, mais pas en anglais. Mais je ne parle pas français depuis le temps de l'immigration. Que l'on peut multiplier à l'env. Chez nous autres raciné - en anglais - Mary, les grands-parents se parlaient entre eux en français, pour ne pas que nos parents qui s'installent ne nous parlent qu'en anglais. Mais je veux que mes deux fils parlent français.*

Alors, comme d'autres parents, Mary a inscrit ses enfants dans une école d'immersion. C'est-à-dire une école américaine, où de 50 à 80 % des cours sont donnés en français.

Car depuis la modification de la constitution de l'Etat de Louisiane en 1968, qui cessa de banir l'usage du français, les choses ont changé. Ensuite, en 1984, le plan de crédit en faveur de l'immersion a été mis en place. *Des enseignants dans des coins isolés de Louisiane, pour se protéger aussi des soldats de l'armée américaine de la confédération. Beaucoup ont d'ailleurs été exécutés car ils refusaient d'être engagés dans un camp ou l'autre.*

Charles Larroque, *La France a envoi des enseignants dans le cadre de leur service militaire. Au début, les combats étaient continus et il fallait faire demi-tour pour jour. C'était très symbolique. Mais ça voulait dire que le français était de retour.* Un retour qui ne s'est pas fait sans mal. *Le français enseigné était le français de France, alors que nous parlions un français cajun ou créé avec des accents et des mots différents. Qu'est-ce qu'il faut faire pour enseigner le français? Comment les haricots? Pour demander comme ça allait?* Si les haricots étaient salés, c'est-à-dire qu'il y avait du lard dedans, alors ça allait. Dans le cas contraire, ça ne allait pas.

Avec l'aide de la France, qui fournit 120 professeurs détachés payés par la Louisiane et choisis par le Codoffit, *et dont un tiers, selon Grégor Trumel, consul de France à la Nouvelle-Orléans, chose de rester en Louisiane à la fin de l'immersion, les trente minutes quotidiennes de français ont peu à peu été étendues à l'ensemble des cours. Histoire, maths, sciences sociales et même éducation physique sont donc en français.*

À aujourd'hui, la Louisiane compte 29 écoles d'immersion rassemblant quelque 5 000 élèves.

Sans parler de ceux en liste d'attente (les professeurs français ont bonne réputation). *Le problème, c'est qu'ensuite les élèves doivent faire leur éducation supérieure en anglais. Nous n'avons qu'un seul lycée franco-phone à Lafayette. On souhaiterait disposer d'une université et enseigner des métiers en français.*

*Ces nos résultats aux examens sont bons. Mais il faut des métiers, conclut Charles Larroque, offre des opportunités d'emploi. Je pense que le français est sauvé. Mais il ne faut pas relâcher ses efforts.*

D'autant moins qu'en juin 2012, le gouverneur de l'Etat, Bobby Jindal, avait décidé de réduire le budget pour le développement du français en Louisiane de 40 %.

### DES FRANÇAIS

En Louisiane, on ne parle pas un français mais des français. Il y a le français colonial (proche du français de France), le français cajun, parlé par les descendants des Acadiens, chassés à la fin du XVII<sup>e</sup> siècle par les Anglais, le français de la Louisiane, parlé par les colons français et espagnols ayant foulé Saint-Domingue, ou encore le français parlé par les Amérindiens descendants, comme les Houmas ou les Atakapas, des tribus en contact avec les Acadiens. Il y a aussi le français parlé par les Africains dans des îles d'outre-mer, un véritable héritage qui perdure encore à Haïti mais aussi en Martinique et en Guadeloupe qui témoigne de l'appartenance à un même bassin culturel. Ainsi, les contes racontés aux enfants sont-ils souvent les mêmes et trouvent-ils leur origine dans un même territoire dont la Louisiane entend bien tirer profit. La Garde nationale de Louisiane est déployée en Haïti où elle aide le pays à se reconstruire. Les Louisianais sont aussi très impliqués dans les relations des États-Unis avec l'Afrique qui est, d'ores et déjà, le plus vaste bassin de francophones au monde.



In the U.S., Europe is seen as a sign of quality

V

Dimanche 13 Mars 2016  
www.laprovence.com

## Politique - Le rendez-vous du dimanche

# Les politiques s'égarent, le pays trinque

**L**a perte de confiance est générale. Les points de repère n'existent plus. La gauche est atomisée. Manuel Valls oscille. François Hollande redoute les mouvements de jeunes. La droite se dit prête à voter la loi El Khomri. Mais l'opposition ne boude pas son plaisir. Elle réagit à une nouvelle gouvernementation. La confusion est totale. Elle résulte de 30 ans de contradiction entre les promesses électorales et le comportement des présidents élus.

En 1981, François Mitterrand promet de relancer le pays avec une politique économique à rebours de tout ce qui se fait en Europe. Deux ans plus tard, parce que les caisses de l'Etat sont vides, il opère un virage à 180 degrés. En 1995, Jacques Chirac dénonce la "fracture sociale", avec une phrase encore d'actualité : "La jeunesse française exprime un désarroi. Une fracture sociale se creuse, dont l'ensemble de la Nation supporte la charge." Quatre mois plus tard, parce que les caisses sont toujours vides, Jacques Chirac abandon-

ne le "gaullisme social" et donne la priorité à la réduction des déficits. En décembre 1995, Alain Juppé, son Premier ministre, se heurte au mur du refus d'un pays qui se sent trahi. Élu en 2007, Nicolas Sarkozy est confronté à une crise financière mondiale, et il fait planer la récession sur le pays. Mais il avait promis de faire ce qu'il devait faire pour que son bilan apparaît comme une agitation perpétuelle et expensive. En 2012, François Hollande parle de la nécessité de rétablir les comptes de la Nation. Cependant, ses électeurs demandent surtout que la finance va trinquer et que la France va se redonner des marges de manœuvre en lapidant le pacte budgétaire européen signé par Nicolas Sarkozy "sous contrainte allemande".

Confronté au refus d'Angela Merkel, François Hollande renonce à la réforme. Il devait prouver sa force. Il étaie sa faiblesse. C'est sa faute originelle. Pour réduire le déficit afin d'éviter une hausse des taux des intérêts appliqués aux emprunts français, il étaie la relance en déclinant une hausse massive d'impôts, que ses ministres fini-

ront par dénoncer. Dans sa volonté d'éradiquer le sarkozysme, il va jusqu'à supprimer la déclassification des heures supplémentaires, ce qui pénalise en premier lieu son électeur. La jeunesse, dont il avait fait sa priorité, ne voit rien venir. Aucune perspective ne lui est proposée. La croissance, l'emploi, l'investissement dans l'innovation sont absents. Mais les manifestants sont mobilisés avec des arguments qui ne disent rien de l'arrivée du numérique qui va bouleverser le salariat. On fait croire à une jeunesse désenchantée que les recettes du passé, annoncées d'un paradis inexistant, sont encore les bonnes. Tout le monde est puni. Les politiques qui sont considérés. Et le pays qui est découragé. Il reste un espoir : que l'an prochain, les candidats à la présidentielle oublient la longue liste des multiples propositions inaudibles et qu'ils énoncent de grandes orientations tout en nous disant comment ils comptent les mettre en œuvre, après avoir reçu l'approbation des électeurs. Un rêve ? Non, une exigence.

Olivier MAZEROLLE

## Carnet de bord



Lundi

### "Déflagration à EDF"

Thomas Piquemal, directeur financier d'EDF, démissionne. Il juge que la construction de deux EPR en Grande-Bretagne, estimée à plus de 23 milliards d'euros (Md€), met en péril l'existence de l'entreprise. L'Etat a été entraîné à investir dans le secteur et il doit faire face à de gros déficits, notamment pour préparer de d'ici à 2016. Au contraire du refus d'EDF, Jean-Bernard Lévy, appuyé par Emmanuel Macron, estime que les malheurs de l'EPR, en retard de plusieurs années à Flamanville, sont due à une suravaluation et que la réussite du projet britannique dépendra à la fin de l'année.

**La Sultane met ses conditions pour aider l'Europe à contenir les réfugiés syriens.** La Turquie exige une dotations de 6 milliards d'euros, au lieu des 3 qui lui avaient été proposées, et la possibilité pour ses ressortissants d'en Europe sans vis à dès le mois de juin prochain. Ainsi, si l'Europe n'en veut plus voir affluer les réfugiés en Allemagne est d'accord. D'autre part, notamment François Hollande, refusent ces concessions. Décision dans un nouveau sommet le 17 mars.

**La phrase du jour** Benoît Hamon : "Si Manuel Valls a décidé de faire tapas ou de jouer à quatre ou double, je lui en laisse la responsabilité. Moi, je ne joue pas au poker avec les droits des salariés."

Mardi

### NKM, la neuvième

Les candidats se déclarent comme à Gavelslothe chez les Républicains. Nathalie Kosciusko-Morizet est la neuvième. Dans le monde très masculin, pour ne pas être éliminée de sa famille politique, elle a fait du faire l'humanitaire. Il réplique sans complexe. Elle se sert d'ailleurs de son expérience de militante pour convaincre ses collègues parlementaires des effets ayens à l'issue de pourvoir les vingt paragraphes nécessaires pour concourir. Elle se présente comme la candidate de l'audace, prête à construire une nouvelle organisation du travail dans le régime qui arrive de l'économie numérique.

**Le combat de l'heure** Myriam El Khomri. A Bruxelles, le débat a été total. Certes, les agriculteurs, les Noirs et les Hispaniques ont eu droit à un échange avec les députés des fainéants ou des victimes. Mais la catastrophe a pris une telle ampleur que le meeting de Trump a été annulé. L'Amérique se réveille avec la gueule de bois. Les adversaires de Trump le fustigent. Lui est plutôt ravi de faire les gros titres et de se faire passer pour une victime.

### Donald Trump chef castagnier

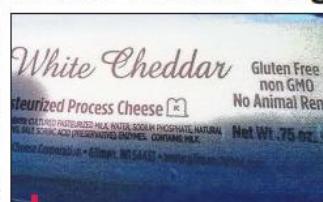
Le milliardaire républicain a gagné et n'a rien mieux. Début février, il invitait ses partisans "à casser". Au prétexte, conclut-il, que "c'est plus amusant que d'écouter un discours". À Chicago, le défilé a été total. Certes, les agriculteurs, les Noirs et les Hispaniques ont eu droit à un échange avec les députés des fainéants ou des victimes. Mais la catastrophe a pris une telle ampleur que le meeting de Trump a été annulé. L'Amérique se réveille avec la gueule de bois. Les adversaires de Trump le fustigent. Lui est plutôt ravi de faire les gros titres et de se faire passer pour une victime.



## Aux USA, l'Europe est vue comme un gage de qualité

Vu d'Europe, on ne le voit pas toujours mais l'Amérique change. Politiquement d'abord, avec un rejet sensible des élites, qui se traduit par un vote anti- "establishment" pour le plus grand profit, à droite, de Donald Trump et, à gauche, de Bertrand Sanders. Economiquement ensuite, avec la multiplication des traités de libre-échange. D'abord en dansant avec le Pékin, le Parti communiste chinois (Tpp), qui courtise les fabricants, le Canada, le Mexique, le Chili, la Pérou, le Japon, la Malaisie, le Vietnam, Singapour, l'Australie et la Nouvelle-Zélande (soit 800 millions d'habitants et 40 % du PNB mondial), attend maintenant d'être ratifié par les deux pays concernés. La signature de ce traité permet à l'administration Obama de se consacrer à son autre projet majeur : la conclusion d'un accord de libre-échange avec l'Union européenne (T-tpp), ce qui ferait de cette zone transatlantique la plus grande du monde. Le douzième round de négociations s'est terminé le 26 février à Bruxelles. Deux autres sont prévus d'ici la fin juillet. Le but, côté américain, est de parvenir à un accord avant la dépêche d'Obama de la Matignon. Blanche en un mot, l'Amérique est vue comme un gage de qualité matérielle ayant tous fait partie de leur hostilité à ce traité dont ils redoutent qu'il ne soit défavorable à l'économie de leurs pays. Exactement, ce qui redoutent aussi, pour l'Europe, les détracteurs de ce traité gigantesque (par le nombre de chapitres ouverts) et complexe (par le nombre de problématiques soulevées) sur notre continent.

Aux États-Unis, au-delà des grands groupes qui entendent bien profiter de cet accord, il est une catégorie - inattendue - d'entreprises qui votent dans sa signature de réelles opportunités



La question des OGM fait débat aux États-Unis. L'absence de "GMO's" devient un argument de vente.

de développement : les petites et moyennes îles au secteur de l'alimentation. Des entreprises résolument tournées vers la qualité. Chez elles, pas de GMO's, ces organismes génétiquement modifiés qui rejettent les consommateurs européens - et dont les partisans, côté américain, assurent qu'elles sont bonnes pour la santé : "C'est scientifiquement prouvé", martèlent leurs défenseurs sans préciser qui a financé les études avancées. Pas de production à grande échelle. Juste des produits de qualité qu'elles souhaiteraient exporter en Europe, les consom-

mateurs américains n'étant pas encore, pour une large part, assurés mûrs pour accepter de les payer plus cher. "Chez nous, en Louisiane, précise, à titre d'exemple, Edward Hayes, conseiller à l'Association américaine des producteurs de crevettes à la Nouvelle-Orléans, nous avons d'excellents produits bio. La signature du T-tpp nous donnera l'occasion de porter nos standards de qualité de ceux de l'Europe, qui sont meilleurs que les nôtres, ces crévettes indiennes refusées par l'Europe qui ont pu se retrouver en vente sur le marché américain". Il d'accroître les exportations vers l'UE : 700 millions de dollars (630 M€) estimés.

Aux fermes Keenell, à Rockville, dans le cadre enchanteur de la Virginie, le discours est identique. Pas de pesticides, pas d'OGM. Juste une production raisonnée tenant compte des cycles de la nature et du bien-être des animaux. Fondée en 1951, Keenell a connu une période difficile dans les années 1980 : 20 % des fermes de l'Etat ont alors disparu. Le salut est venu de la conversion de la ferme à l'agriculture raisonnée. Résultat : des produits de qualité, certifiés bio, vendus à prix moyen-prestige et OGM. Et qui rencontrent un succès grandissant auprès d'Américains (plusôt aisés mais pas que) soucieux de savoir ce qu'ils mangent. "L'arraché de produits bio européens sur le marché américain, souligne Charles Junior Isbell, le propriétaire des Keenell Farms, ne me fait pas peur. La concurrence est bonne et permettra une hausse des standards sur un marché qui est encore loin d'être saturé."

L'Amérique change. Elle veut manger plus sainement et savoir ce qu'elle mange.

Frédéric CHEUTIN

Vendredi

### 5 ans après, l'inconue Fukushima

Le Japon se souvient du 11 mars 2011. Le tsunami. L'affondrement de la centrale de Fukushima-Daiichi. 5 ans après, le 11 mars, Naoto Kan, Premier ministre au moment de la tragédie. A l'époque fervent partisan des centrales, malte désormais pour l'abandon du nucléaire. Son successeur Shinzo Abe, espérant au contraire que le Japon puisse se passer du nucléaire pour produire de l'électricité. Ce qui est vrai au Japon l'est à peu près partout dans le monde. Quand les centrales sont bien surveillées, les accidents catastrophiques sont rares. Mais quand il y a négligence, ils sont d'une ampleur gigantesque. Personne n'a résolu le dilemme, dans un monde qui ne peut se passer d'énergie.

**Karim Benzema pourrait retrouver l'équipe de France de football.**

Le contrôle judiciaire qui l'empêchait de rencontrer Mathieu Valbuena est levé. Il reste toutefois mis en examen

pour procès social. Il faut le retrait.



pour complicité de tentative de chantage et se inculpation. En début de semaine, Mathieu Valbuena avait estimé qu'un sportif mis en examen devrait pas porter le maillot de l'équipe de France. Didier Deschamps apparaît plus bienveillant.

Carnet de route

## **Germany – Jan Willmroth**

### **Soon it comes to cheese**

[Summary translation by FPC] While TTIP negotiations have been constructive, the difficulties are mounting, and the really sensitive issues have yet to be addressed. Pending issues include safety standards for automobiles. Negotiators are eager to have a document for signature by the end of the year, and are in "daily contact," according to U.S. negotiator Dan Mullaney. The term "TTIP Light" was heard often in Brussels this week, and refers to an stripped-down agreement that would only abolish tariffs and adapt technical regulations.

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ttip-bald-geht-es-um-kaese-1.2881368>

### **Bald geht es um Käse**

**Noch laufen die Verhandlungen zwischen Europäern und Amerikanern über das umstrittene Handelsabkommen TTIP konstruktiv. Doch die Schwierigkeiten häufen sich, und die wirklich heiklen Fragen kommen erst noch.**

**Von Alexander Mühlauer und Jan Willmroth, Brüssel**

Am Montagmorgen waren die Türen verschlossen. Aktivisten hatten sich daran festgekettet. "TTIP - dead end trade deal" - Sackgassen-Abkommen - lautete die Botschaft auf ihrem Plakat an der Fassade des Konferenzzentrums. Und so standen die TTIP-Unterhändler vor dem tristen Backstein-Bau im Brüsseler Bezirk Ixelles und wussten nicht wie ihnen geschieht. Bis ein Sicherheitsmann zu Hilfe kam und sie zum Seiteneingang lotste.

In den nächsten Tagen wurde es ruhiger. Nicht nur vor der Tür. Das Verhandlungsklima zwischen Europäern und Amerikanern hat sich verbessert. Die Gespräche sind konstruktiver als bei den vergangenen Runden. Das liegt vor allem daran, weil es nun an die Textarbeit geht. Bis Ende Juli soll ein konsolidiertes Vertragsdokument fertig sein. Die besonders sensiblen Punkte werden dann in Klammern stehen. Um die soll es ganz am Ende gehen.

Am Freitag standen die beiden Chefverhandler im Pressesaal der Europäischen Kommission und zogen eine Bilanz der zwölften Verhandlungsrounde. Neben den üblichen Floskeln ("guter Fortschritt", "ambitioniertes Abkommen") erklärte Ignacio Garcia Bercero von der EU-Kommission, dass das Verhandlungstempo schneller werden müsse. Vor der Sommerpause soll es noch zwei weitere Treffen geben; was aber nicht heißt, dass dazwischen nicht gesprochen wird. "Wir sind in fast täglichem Kontakt", sagte Dan Mullaney, der Chefverhandler aus Washington. Nächste Woche tauschen beide Seiten ihre Vorschläge im Bereich öffentlicher Auftragsvergaben aus. Beide Unterhändler legten großen Wert darauf, dass TTIP keine Standards bei Umweltfragen, Lebensmittelsicherheit oder im Arbeitsrecht senken werde.

Zum ersten Mal stellten die Europäer in dieser Woche ihre Idee eines Handelsgerichtshofs vor. Er soll die umstrittenen Schiedsgerichte ersetzen. Diese kann ein Unternehmen anrufen, wenn es durch Gesetze und Verordnungen ausländischer Regierungen und Parlamente sein Eigentum bedroht sieht. Kritiker sehen darin die Möglichkeit, dass Konzerne mehr oder weniger heimlich demokratische Entscheidungen aushebeln können, zum Beispiel den Atomausstieg in [Deutschland](#). Die Amerikaner aber halten von einem Handelsgerichtshof so gut wie überhaupt nichts. Mullaney drückte das natürlich diplomatischer aus: "Wir verstehen die Bedenken, die hinter dem Vorschlag der EU stehen."

Aber auch weitaus technischere Details haben es in sich. Sie verdeutlichen, wie kompliziert die Verhandlungen sind. Etwa die Sicherheitsstandards von Autos: So unterschiedlich sind die Fahrzeugtests in den [USA](#) und Europa im Grunde gar nicht. Wenn das Abkommen einmal steht, sollen Autohersteller nicht mehr gezwungen sein, ihre Fahrzeuge auf beiden Seiten des Atlantiks gegen Prellböcke fahren zu lassen. Das klingt einfacher als es ist. Die USA sind weltweit das einzige Land, das die bei den Vereinten Nationen vereinbarten Standards zur Fahrzeugsicherheit nicht unterzeichnet hat. Wer Autos in den Vereinigten Staaten verkaufen will, muss nach den Regeln der US-Behörden spielen. Allein die Anleitung für einen gewöhnlichen Frontalaufprall bei Crashtests hat 409 Seiten. Dass es bei der Fahrzeugsicherheit zweieinhalb Jahre nach dem Start der Verhandlungen noch keine Einigung gibt, zeigt, wie weit die beiden Parteien von einem fertigen Abkommen entfernt sind.

Mancher Europa-Abgeordnete wird deshalb so langsam unruhig. Während in Verhandlungskreisen stets betont wird, wie sehr beide Seiten darauf aus sind, bis Ende des Jahres ein unterschriftenreifes Abkommen vorzulegen, wachsen im Parlament die Zweifel. Bernd Lange (SPD), Vorsitzender des Handelsausschusses, befürwortet TTIP, anders als viele Kollegen in seiner Fraktion. Aus seiner Sicht gibt es ein echtes Zeitproblem: "Ich bin nicht mehr überzeugt, dass das technisch und politisch zu schaffen ist. Die Liste der Dinge, die im Endspurt verhandelt werden sollen, wird länger und länger."

### **Die wirklich heiklen Fragen kommen erst im Endspiel auf den Verhandlungstisch**

Der Endspurt, das wird die Zeit von November an sein, wenn alle besonders sensiblen Dinge noch einmal auf den Tisch kommen. Die geschützten Herkunftsbezeichnungen der [EU](#) zum Beispiel, die nur italienischen Käsereien in Parma erlauben, den Namen Parmesan zu verwenden. Den Europäern ist das heilig, den Amerikanern völlig fremd. Oder Fragen der Dienstleistungsfreiheit: Was muss ein Europäer tun, um eine Arbeitserlaubnis in den USA zu erhalten? Momentan ist das nicht gerade einfach - und geht es nach den Amerikanern, soll sich daran nicht viel ändern. Das Gleiche gilt für die Marktöffnung bei öffentlichen Ausschreibungen. Die EU will es hiesigen Unternehmen unbedingt erleichtern, öffentliche Aufträge in den USA gewinnen zu können - denn umgekehrt gilt das vielen schon als relativ leicht. Nach Ansicht von Lange könnten sich solche Punkte zu "deal breakers" entwickeln - heikle Fragen, an denen das gesamte

Abkommen zu scheitern droht. Auf dieser Liste steht natürlich auch der Investorenschutz.

Sollte bei einigen Dingen kein Kompromiss möglich sein, wäre ein abgespecktes Abkommen die logische Folge: Worauf sich die Parteien nicht einigen können, wird ausgespart. "TTIP light" ist ein Begriff, den man in Brüssel in dieser Woche oft hörte. Sollte es darauf hinauslaufen, im Wesentlichen nur Zölle abzuschaffen und technische Regulierungen anzupassen, wären die USA einseitig im Vorteil - zumal die Importzölle in der EU im Schnitt höher liegen. Über eine Zollunion würden sich also vor allem US-Exporteure freuen.

Ein anderes Szenario wäre, die Verhandlungen zu verlängern. Sollte es unter US-Präsident Barack Obama keine Einigung mehr geben, dürfte es Herbst 2017 werden, bis sich die neue Regierung in Washington sortiert hat und die Handelsdiplomaten neue Teams geformt haben.

## **Poland – Michael Zablocki**

**EU: According to agricultural organizations TTIP is an opportunity for the agricultural sector**

[Summary translation by Embassy Warsaw] The European COPA-COGECA association claims the TTIP creates new chances for the EU agriculture sector. The U.S. is one of the few that can afford EU products.

[http://www.sadyogrody.pl/prawo\\_i\\_dotacje/104/ue\\_wedlug\\_organizacji\\_rolniczych\\_ttip\\_to\\_szansa\\_dla\\_sektora\\_rolnego,4651.html](http://www.sadyogrody.pl/prawo_i_dotacje/104/ue_wedlug_organizacji_rolniczych_ttip_to_szansa_dla_sektora_rolnego,4651.html)

**UE: Według organizacji rolniczych TTIP to szansa dla sektora rolnego**

Autor: PAP 25 lutego 2016 09:26



- Dla europejskiego zrzeszenia organizacji i związków rolniczych COPA-COGECA negocjowane między UE a USA porozumienie o wolnym handlu (TTIP) stwarza dużą szansę dla unijnego sektora rolnego. USA są jednym z niewielu rynków, które stać na unijne produkty.

Choć Amerykanie podkreślają, że w handlu produktami rolnymi i spożywczymi z Unią Europejską notują wysoki deficyt, unijni eksperci zwracają uwagę, że do tego segmentu USA zaliczają także alkohol. USA podkreślają, że poprzez TTIP chcieliby zrównoważyć

ten deficyt, jednakże przeszkodą jest m.in. unijny system ochrony produktów regionalnych, czy też niestosowanie w praktyce unijnych przepisów dotyczących roślin modyfikowanych genetycznie (GMO).

Unijny rynek dopuszcza uprawy i obrót GMO, jednak według obecnego prawa UE to kraje członkowskie podejmują ostateczną decyzję o ich dopuszczeniu lub zakazie. Z krajów UE tylko Czechy, Słowacja, Hiszpania, Portugalia i Rumunia uprawiają u siebie modyfikowaną genetycznie kukurydzę. Unia ze względu na niedobór na rynku roślin wysokobiałkowych importuje rośliny GMO z przeznaczeniem na paszę dla zwierząt hodowlanych.

"Są dwa elementy, o których musimy pamiętać. Amerykanie zazwyczaj zaliczają napoje alkoholowe do statystyk dotyczących produktów rolnych, co przechyla bilans handlowy na naszą korzyść. Właśnie dlatego strona amerykańska jest dość agresywna" - powiedział w środę PAP na marginesie toczących się w Brukseli negocjacji ws. TTIP przewodniczący COPA-COGECA Pekka Pesonen.

Według niego jeśli chodzi o właściwy rynek rolny, w unijno-amerykańskiej wymianie handlowej panuje większa równowaga. "Bilans wciąż jest nieznacznie korzystniejszy dla nas, ale nie można zarzucić, że jest kompletnie niezrównoważony" - podkreślił. Przypomniał też, że do USA Unia eksportuje artykuły spożywcze i produkty o wysokiej wartości dodanej, a do Unii Europejskiej ze Stanów Zjednoczonych trafia więcej surowców nieprzetworzonych.

Pesonen twierdzi, że amerykańskie wielkoobszarowe rolnictwo przemysłowe nie stanowi zagrożenia dla rolnictwa unijnego. Według niego jest mało prawdopodobne, by konsumenci w Europie opowiedzieli się za produktami standardowymi. Taka decyzja - zauważał - kwestionowałaby też całościowe podejście do rolnictwa w UE, stawiające na produkty wysokiej jakości.

Szef COPA-COGECA zaznaczył, że w negocjacjach biorą udział dwaj równi partnerzy. "Dlatego wspieramy negocjacje, bo wierzymy, że Komisja Europejska (...) obroni interes ogólny europejskiego rolnictwa" - podkreślił. "Nie mówimy, że przyjmiemy jakikolwiek rezultat. Ale musimy spojrzeć na ofertę Amerykanów, na to, do czego dążą, na to, czy możemy temu sprostać i gdzie możemy współpracować. To nie oznacza, że porzucamy nasze standardy" - dodał.

Przypomniał, że standardy dotyczące żywności są wysokie zarówno w USA, jak i Europie, choć po obu stronach Atlantyku stosuje się inne metody. Zwrócił ponadto uwagę, że również w Europie stosuje się pewne stymulatory wzrostu, czasem używa się antybiotyków w paszach.

"Co więcej, importujemy dość znaczącą ilość roślin wysokobiałkowych modyfikowanych genetycznie. Jesteśmy już dziś częścią łańcucha produkcyjnego w skali międzynarodowej, jednocześnie sprzedajemy istotną ilość zbóż na rynek światowy. Jesteśmy bardzo konkurencyjni, jeśli chodzi o pszenicę, mniej w przypadku roślin

wysokobiałkowych. To każe nam zastanowić się nad tym, jak to zorganizować, gdyż uważaemy, że współpraca jest niezbędna dla zorientowanej na rynki produkcji zwierzęcej" - dodał.

## **TTIP: EU and the U.S. Want to Conclude Negotiations (This Year]**

[Summary translation by Embassy Warsaw] Deputy Prime Minister and Minister of Development Mateusz Morawiecki stated last week in the American Chamber of Commerce: "Poland supports TTIP ideas as it would give us (Poland) an impulse for the development."

<http://www.rp.pl/Dyplomacja/160229451-TTIP-UE-i-USA-chca-zakonczyc-negocjacje.html>

### **TTIP: UE i USA chcą zakończyć negocjacje**

publikacja: 26.02.2016

aktualizacja: 26.02.2016, 20:09



foto: AFP

Unia Europejska i Stany Zjednoczone chcą jeszcze w tym roku zakończyć negocjacje dotyczące transatlantyckiego porozumienia handlowo-inwestycyjnego (TTIP) – powiedzieli w Brukseli główni negocjatorzy ze strony UE i USA Ignacio Garcia Bercero i Dan Mullaney.

Rokowania w ostatnim czasie znacząco przyspieszyły i osiągnięto „znaczący postęp” we współpracy regulacyjnej - zapewniają obie strony. Negocjatorzy zapowiedzieli, że do lipca powinien być gotowy ujednolicony tekst większości umowy, a do uzgodnienia pozostaną tylko kwestie najtrudniejsze. Bercero i Mullaney podali ponadto, że do lata odbędą się jeszcze dwie rundy rozmów między Unią Europejską a Stanami

Zjednoczonymi na temat TTIP. W drugiej połowie roku, po przerwie wakacyjnej, negocjatorzy chcą wejść w ostatnią fazę rozmów.

- Jesteśmy gotowi podjąć próbę zamknięcia negocjacji w 2016 roku, pod warunkiem, że treść będzie właściwa – powiedział reprezentujący Komisję Europejską Ignacio Garcia Bercero. - Naszym celem jest wynegocjowanie ambitnego, trzymającego wysokie standardy porozumienia, które odpowiadać będzie zarówno interesom UE, jak i USA – zaznaczył. - Pozostaje wiele do zrobienia, ale jeśli utrzymamy obecny poziom zaangażowania, możemy zakończyć negocjacje w tym roku – dodał Mullaney.

Konferencja prasowa zamknęła trwającą od poniedziałku 12. rundę rozpoczętych przed blisko trzema laty rozmów handlowych. Ale jeszcze w przyszłym tygodniu delegacje omówią szczegóły dotyczące reguł pochodzenia towarów oraz zamówień publicznych – powiedzieli negocjatorzy. Według KE i USA TTIP ma wykraczać poza zwykłą umowę o wolnym handlu. Oprócz obniżenia stawek celnych przewiduje także ograniczenie barier regulacyjnych oraz określenie zasad współpracy regulacyjnej między Unią Europejską a Stanami Zjednoczonymi, co ma obniżyć koszty dla przedsiębiorstw prowadzących handel i inwestujących po obu stronach Atlantyku. Komisja Europejska oraz władze USA podkreślają, że stworzenie strefy wolnego handlu między dwiema największymi światowymi gospodarkami nada im nowy impuls rozwojowy.

W trakcie obecnej rundy strony omawiały unijną ofertę dotyczącą zmian w międzynarodowym systemie rozwiązywania sporów między inwestorem a państwem. To jedna z wzbudzających największe emocje w Europie negocjowanych kwestii.

Przeciwnicy TTIP twierdzą, że obowiązujące mechanizmy rozwiązywania sporów inwestycyjnych w drodze arbitrażu międzynarodowego działają na korzyść zagranicznych korporacji, dyskryminując inwestorów lokalnych i m.in. z powodu braku możliwości apelacji osłabiają pozycję rządów.

Inwestorzy podkreślają natomiast, że arbitraż – mimo wysokich kosztów - pozwala na uniknięcie przeciągających się procesów w sądach narodowych i wyeliminowanie ryzyka zależności wymiaru sprawiedliwości od władz państwowych. Propozycję reform w mechanizmie rozwiązywania sporów między państwem a inwestorem (tzw. klauzuli ISDS) przedstawiła w listopadzie zeszłego roku unijna komisarz ds. handlu Cecilia Malmstroem. Zaoferowała m.in. stworzenie stałej listy arbitrów czy wprowadzenie możliwości apelacji.

Odnosząc się do propozycji KE, Mullaney podkreślił, iż TTIP to nie tylko umowa handlowa, ale także inwestycyjna, więc „jest bardzo ważne, by dać inwestorom pewność, że ich inwestycje będą chronione przed przywłaszczeniem i dyskryminacją”.

## **Experts: TTIP is an attempt to maintain the leading role of the U.S. and EU economies**

[Summary translation by Embassy Warsaw] The TTIP is an attempt to find ways of maintaining leading positions of the U.S. and Europe in the global economy, according to EU experts.

<http://biznes.pl/ue/eksperci-ttip-to-proba-utrzymania-wiodacej-roli-gospodarczej-ue-i-usa/dwy1zp>

### **Eksperci: TTIP to próba utrzymania wiodącej roli gospodarczej UE i USA**

W obliczu rosnącego znaczenia Azji i innych regionów negocjowane między UE a USA porozumienie o wolnym handlu (TTIP) stanowi próbę odnalezienia sposobu na utrzymanie wiodącej roli Europy i Ameryki w globalnej gospodarce – twierdzą unijni eksperci.



Foto: Francois Lenoir / Reuters Protest

Jak podkreślają, za 15 lat udział gospodarki europejskiej w świecie znaczowo zmaleje, co przełoży się na jej znaczenie ekonomiczne i polityczne.

Źródła zbliżone do prowadzonych w Brukseli od początku tygodnia negocjacji między Unią Europejską a Stanami Zjednoczonymi zwracają uwagę, że UE w ostatnich latach zaangażowała się w liberalizację **handlu** z wieloma ważnymi partnerami, jak Korea Płd. czy Kanada, ale nie z tym najważniejszym, czyli USA. "Chcemy ustalać reguły z partnerami o podobnych poglądach, a Stany Zjednoczone w wielu kwestiach mają zbieżne zdanie" – podkreślają.

Hosuk Lee-Makiyama, prawnik z mającego siedzibę w Brukseli niezależnego Europejskiego Centrum **Międzynarodowej Ekonomii Politycznej** (ECIPE), zwraca uwagę, że reszta świata, a zwłaszcza kraje Dalekiego Wschodu, w tym Chiny, szybko nadganiają różnice rozwojowe z państwami rozwiniętymi i ich wzrost jest o wiele szybszy niż gospodarek Unii Europejskiej oraz Stanów Zjednoczonych.

Obecnie – jak wskazuje – USA i UE razem reprezentują około 1/3 globalnej gospodarki. Prognozuje się, że do 2030 roku udział UE w globalnym PKB spadnie o połowę. "Nasze możliwości określania zasad z punktu widzenia naszej siły ekonomicznej zostaną radykalnie osłabione zaledwie w ciągu 10-15 lat" – zaznacza Lee-Makiyama. Przewiduje, że z tego powodu w przyszłości o wiele trudniej będzie UE przeforsować swoje interesy.

Według eksperta **problemem** dużej gospodarki, takiej jak UE, jest to, że aby umowa o wolnym handlu przyniosła efekt, musi znaleźć większy rynek, tymczasem dziś nie ma na świecie miejsca, które dałoby Unii wystarczający bodziec do rozwoju. Kilka umów o wolnym handlu ze średniej wielkości partnerami może jednak przynieść podobny efekt – zauważa.

Lee-Makiyama zwraca również uwagę, że niemalże każdy z krajów, z którymi UE zawarła bądź negocjuje umowę o wolnym handlu, podpisał wcześniej takie porozumienie z Amerykanami. Zatem, jego zdaniem, TTIP i inne unijne porozumienia handlowe to także próba dotrzymania kroku Ameryce i próba zwiększenia konkurencyjności gospodarki UE.

Ekspert przypomina, że USA w ubiegłym roku zakończyły negocjacje z 11 państwami w sprawie TPP, czyli porozumienia o utworzeniu strefy wolnego handlu w obszarze Pacyfiku. Według niego gospodarka UE tylko z tytułu wejścia w życie tej umowy może ponieść straty sięgające nawet 0,5 proc. PKB. Te szkody – jak podkreśla – zrównoważyć może porozumienie takie jak TTIP.

Gospodarka UE – dodaje Lee-Makiyama - rozwijała się dzięki ekspansji, w tym rozszerzeniu na Europę Środkową. Dziś potrzebuje dźwigni, którą w przekonaniu eksperta mogłoby być właśnie transatlantyckie porozumienie handlowe i eksport do USA.

Według dostępnych opracowań KE **wzrost** gospodarczy w następstwie zawarcia TTIP nie będzie spektakularny i wyniesie ok. 0,5 proc. w całej UE. Ale Unia liczy tutaj na efekt skali.

Unijni urzędnicy zwracają również uwagę, że skutki nie będą takie same we wszystkich krajach wspólnoty, ale na pewno wzmacni je jednolity rynek i wewnętrzne łańcuchy dostaw. Podobnie jak Lee-Makiyama podkreślają, że z im większym partnerem zawierana jest umowa, tym większe są jej efekty. USA i UE to wciąż dwie największe gospodarki świata.

TTIP docelowo ma wykraczać dużo dalej niż dotychczasowe porozumienia handlowe, polegające na redukcji stawek celnych. Umowa w swych założeniach przewiduje bowiem jeszcze usunięcie barier regulacyjnych czy wzajemne uznawanie standardów w celu obniżenia kosztów dla eksporterów, importerów i inwestorów. I - jak podkreślają Amerykanie i Komisja Europejska - określi zasady handlu międzynarodowego w XXI wieku.

Unijni urzędnicy i europarlamentarzyści skarżą się jednak, że dyskusja o TTIP wykroczyła daleko poza samą umowę i dotyczy problemów globalizacji, którą w Europie zbyt wiele się nie zajmowano, a która wywołuje silne emocje. Przeciwnicy umowy nie kryją niechęci do procesów globalizacyjnych, a także przenoszą na negocjowane porozumienie swój stosunek do USA - zauważają.

Amerykański ambasador przy UE Anthony Gardner podkreśla, że jeśli USA i UE chcą wzmacnić swą siłę gospodarczą i rozszerzyć wpływy strategiczne w czasach globalizacji, muszą razem podjąć decyzję, czy objąć prowadzenie w handlu globalnym, czy pozostać na jego marginesie. "Globalizacja to fakt. Nie da się jej uniknąć. Albo więc będziemy ją kształtować, albo ona ukształtuje nas" – zauważa dyplomata.

## **The EU's small and middle-sized companies want to learn about the effects of TTIP**

[Summary translation by Embassy Warsaw] An examination of the projected benefits from TTIP for small and medium-sized enterprises (SME's).

<http://www.polskieradio.pl/42/1699/Artykul/1587789,TTIP-male-i-srednie-firmy-z-UE-chca-poznac-skutki-umowy-o-wolnym-handlu>

TTIP: małe i średnie firmy z UE chcą poznać skutki umowy o wolnym handlu

27.02.2016



Rozmowy między UE a USA ws. układu o wolnym handlu toczą się od 2013 roku. Foto: Depositphotos

**KE i rządy państw UE podkreślają, że małe i średnie przedsiębiorstwa stanowią trzon unijnej gospodarki, sektor skarży się jednak, że nie ma analizy skutków, jakie może nań wywrzeć negocjowana między Unią a USA umowa o wolnym handlu.**

Źródła zbliżone do Komisji Europejskiej wskazują, że obecnie trwają prace nad nowym dokumentem oceniającym wpływ TTIP na kraje członkowskie. Pojawi się on w połowie roku i według dostępnych informacji zajmie się też rolą MSP w porozumieniu handlowym.

Luc Hendrickx z europejskiego stowarzyszenia rzemiosła oraz małych i średnich przedsiębiorstw (UEAPME) z Brukseli zwraca uwagę, że takie opracowanie jest

niezbędne, by dokładnie przygotować sektor do otwarcia handlu w obszarze transatlantyckim. Wyraża umiarkowany optymizm wobec TTIP i twierdzi, że wychodzącej z kryzysu Unii Europejskiej umowa powinna przynieść korzyści.

### **Ponad 99 proc. unijnych przedsiębiorstw to MSP**

Hendrickx przypomina, że ponad 99 proc. unijnych przedsiębiorstw to MSP, które przeciętnie zatrudniają 4-5 osób i w zdecydowanej większości działają na rynku lokalnym, ewentualnie podejmują zlecenia większych firm i biorą pośredni udział w handlu międzynarodowym. Zaledwie 0,7 proc. z nich według jego danych zaangażowanych jest dziś bezpośrednio w eksport do USA.

- Z 21 mln firm w Europie tylko 41 tys. to duże przedsiębiorstwa, liczące ponad 250 pracowników – wylicza. - W ostatniej dekadzie to jednak małe i średnie firmy stworzyły 85 proc. nowych miejsc pracy – podkreśla.
- Obecnie wychodzimy z kryzysu, ale wciąż mamy wysoką stopę bezrobocia w niektórych krajach (...). Prognoza jest taka, że w najbliższych latach nie uda się tego szybko zmienić – mówi.
- Więc jeśli szukamy wzrostu, istotne jest, by nasze MSP zwróciły się ku rynkom zagranicznym. Tu rynek amerykański jest bardzo interesujący, gdyż m.in. reprezentuje tę samą kulturę handlu (...) i naszym MSP łatwiej się tam odnaleźć – dodaje.

### **Powstanie największy rynek świata**

Według Hendricksa jeśli uda się zawrzeć TTIP, powstanie największy rynek świata, liczący 800 mln ludzi i potencjalnych konsumentów.

- Jednak skutki porozumienia powinny być dokładnie oszacowane, gdyż nie jesteśmy skłonni przyjąć TTIP za wszelką cenę. Wciąż niewiele wiemy (...). Komisja Europejska musi więc ocenić możliwe efekty wpływu TTIP na gospodarkę lokalną, zwłaszcza na te małe firmy niebiorące udziału w eksportie, ale skonfrontowane ze zwiększoną importem z USA - zaznacza ekspert.

### **UE notuje nadwyżkę w wymianie handlowej z USA**

Przedstawiciel UEAPME przypomina, że obecnie UE notuje nadwyżkę w wymianie handlowej z USA. Jego zdaniem Stanom Zjednoczonym zależy więc na zwiększeniu eksportu do Europy, co oznaczać będzie większą presję konkurencyjną dla unijnych produktów.

UEAPME działa w 34 krajach Europy i w instytucjach UE reprezentuje interesy ok. 12 mln europejskich małych i średnich przedsiębiorstw różnych branż.

Podczas styczniowej wizyty w Warszawie amerykański minister ds. handlu zagranicznego Michael Froman podkreślał, że unijno-amerykańskie porozumienie o

wolnym handlu przyczyni się do rozwoju małych i średnich firm. Wskazywał przy tym, że to właśnie takie przedsiębiorstwa rozwijają się szybciej, zatrudniają więcej pracowników i lepiej płacą.

Według przedstawicieli Komisji Europejskiej dotychczasowe oceny skutków TTIP, zarówno międzynarodowe, jak i przeprowadzone przez kraje członkowskie, wskazywały, że zawarcie umowy wzmacni konkurencyjność unijnej gospodarki, co przyczyni się do jej wzrostu.

Szacunki KE w optymistycznych wariantach mówią o przyroście PKB po TTIP o 0,5 proc. w całej Unii Europejskiej. Dla Polski – według polskich ekspertów - o połowę mniejszym. Polska jednak w niewielkim stopniu zaangażowana jest w bezpośredni handel z USA.

### **TTIP będzie dobry dla MSP?**

Strony negocjujące powtarzają, że TTIP będzie dobry dla MSP, gdyż zniesie bariery regulacyjne po obu stronach Atlantyku i ułatwi małym i średnim graczom wejście na nowy rynek. Natomiast firmy nie zajmujące się eksportem mają według nich skorzystać na udziale w łańcuchu dostaw.

W TTIP ma znaleźć się osobny rozdział poświęcony MSP.

W piątek w Brukseli zakończyła się 12. runda unijno-amerykańskich negocjacji dotyczących translantyckiego porozumienia inwestycyjno-handlowego. Negocjatorzy koncentrowali się w niej na wszystkich głównych obszarach umowy, a więc dostępie do rynku, współpracy regulacyjnej i jej zasadach.

## **Americans are looking for ecological and healthy food**

[Summary translation by FPC] Americans are beginning to look for organic food, coming from places where care is taken for sustainable development, animal welfare, and respect for old farming traditions. Charles Isbell, Junior is trying to ensure those aspects on a local scale on his farm in Virginia. Running for ten years, the farm has little silos, and a poultry house made of two old caravans. There are also a pigsty, a barn and a small shop. There are no genetically modified organisms, and no use of artificial fertilizers and growth hormones.

<http://wyborcza.pl/1,91446,19711092,usa-amerykanie-szukaja-ekologicznej-i-tradycjnej-zywnosci.html?disableRedirects=true>

## **USA - Amerykanie szukają ekologicznej i tradycjnej żywności**

[PAP](#) - Świat

3 Mar 2016, 7:41

3.03.2016, Rockville (PAP) - Amerykanie zaczynają szukać żywności ekologicznej, pochodzącej z miejsc, gdzie dba się o zrównoważony rozwój, dobrostan zwierząt i szanuje dawne rolnicze zwyczaje. Na lokalną skalę te potrzeby na swej farmie w Wirginii próbuje zapewnić Charles Junior Isbell.

Na terenie prowadzonego od 10 lat gospodarstwa stoją niewielkie silosy, za kurnik służą dwie stare przyczepy campingowe. Są też chlew, obora i niewielki sklepik. Dom stoi nieco dalej.

Farma jak na USA jest dość nietypowa - hoduje się na niej różne zwierzęta i uprawia różne rośliny. Nie ma organizmów modyfikowanych genetycznie, nie stosuje się też sztucznych nawozów i hormonów wzrostu.

Na 350 akrach ziemi (ok. 140 ha) pracują cztery osoby: 30-letni Charles Junior, zwany CJ (wym. sidżej), jego żona Jessica, jego ojciec oraz kuzyn. Połowa ziemi należy do nich, resztę dzierżawią. Los dla rodziny nie był łaskawy - dziadek CJ-a po kryzysie w latach 80. musiał się pozbyć części gospodarstwa. Dopiero w 2006 roku CJ przygotował plan, który pozwolił odzyskać farmę i postawić na nogi.

"Dostrzegliśmy, że istnieje duże lokalne zapotrzebowanie na produkty zwierzęce. Zaczęliśmy więc od wołowiny, rozszerzyliśmy z czasem na wieprzowinę, kurczaki, indyki i jaja. Było też zapotrzebowanie na niemodyfikowane genetycznie zboża. I ponieważ nie ma źródła zbóż bez GMO przeznaczonych na pasze, a nasi klienci domagali się, by ich zwierzęta dostały coś takiego, rozpoczęliśmy własne uprawy" - tłumaczy CJ.

Rolnik śmieje się, że farma okazała się tak wielkim sukcesem, iż w ciągu 10 lat udało się zrealizować biznesplan na kolejne dwudziestolecie. Klienci zgłaszają się sami,

sprzedaż ułatwia internet. Choć zasięg produkcji jest niewielki, z farmy CJ-a żywność trafia bezpośrednio do klientów, którzy coraz bardziej świadomie patrzą na swoje potrzeby. Chcą mieć żywność zdrową, naturalną i pozbawioną chemii oraz modyfikacji genetycznych. I oczywiście smaczną. "Dziennie odbieram jakieś 20 telefonów, otrzymuję 60 maili. Ludzie sami nas szukają" - podkreśla.

CJ swe produkty dostarcza też na coraz popularniejsze targi rolnicze. Klienci muszą jednak mieszkać maksymalnie półtorej godziny jazdy od gospodarstwa.

Farmer zwraca uwagę, że żywność ekologiczna w Stanach Zjednoczonych jest certyfikowana przez specjalne organizacje. Ale on sam nie wystąpił o świadectwa, gdyż nie uważa tego za konieczne i nie wymagają tego jego klienci. Za swoją działalność i tak otrzymał kilka wyróżnień. "Dla nas niektóre standardy ekologiczne nie spełniają tego, co uważam za ekologiczną, naturalną i zrównoważoną produkcję" - mówi. Według niego wzorem w tej kwestii mogłyby być regulacje europejskie. "Dla wielu naszych klientów ważne jest jednak, że mogą przyjść, uścisnąć rękę i zobaczyć miejsce, w którym powstaje ich żywność" - podkreśla.

Nie boi się konkurencji, zwłaszcza ze strony wielkoobszarowego rolnictwa przemysłowego, tak charakterystycznego dla USA, szczególnie Wielkich Równin Środkowego Zachodu. "Dla nas największą ochroną jest sposób uprawy, a także różnorodność tego, co uprawiamy. To daje nam przewagę nad konkurencją na rynku" - mówi.

"Nasz sąsiad uprawia 5 tys. akrów. To całkowicie inną działalność. Ale to co mamy, funkcjonuje. Szukamy tylko sposobów dotarcia na rynki i tego, jak działając na małą skalę, osiągać zyski" - zaznacza.

Pytany, czy nie boi się zanieczyszczeń, np. z upraw GMO prowadzonych przez sąsiada, tłumaczy, że stara się im zapobiegać. "Próbujemy być z nimi w kontakcie i dowiadywać się, jaki mają płodozmian na wypadek, gdybyśmy planowali sianie kukurydzy, a obok za miedzą też sialiły kukurydzę" - wyjaśnia. "Ale zanieczyszczenia są nie do uniknięcia, ponieważ pszczoły latają na odległość do 5 mil. Jeśli jest coś w zasięgu 5 mil, może dojść do zanieczyszczenia. Więc to nieuniknione w produkcji w USA" - dodaje.

CJ nie obawia się też konkurencji z Europą w razie otwarcia rynku i zawarcia umowy o wolnym handlu. Jego zdaniem takie porozumienie przyczyni się do poprawy jakości żywności w Ameryce. "Operujemy na zupełnie innych rynkach" - zauważa. Zastanawia się jednak, jak liberalizacja handlu wpłynie na ceny.

Farmer CJ skarży się, że mimo coraz większej liczby farmerów podobnych do niego, nie ma wystarczająco dużej siły, zdolnej przełamać lobby rolnictwa przemysłowego. Ale cieszy się, że powoli zmienia się świadomość konsumentów, która prowadzi do poszukiwania przez nich żywności lepszej jakości.

Z Rockville w Wirginii Michał Zabłocki (PAP)

## The U.S. Election Calendar Interferes with TTIP Negotiations

[Summary translation by FPC] The US electoral calendar is a serious obstacle to the U.S. and the EU negotiations on TTIP. After the elections, it may turn out that the White House has run out of desire to continue talks with the EU.

<http://wiadomosci.onet.pl/swiat/usa-kalendarz-wyborczy-przeszkadza-w-negocjacjach-z-ue-w-sprawie-ttip/ed0rkd>

### **USA: kalendarz wyborczy przeszkadza w negocjacjach z UE w sprawie TTIP**

Amerykański kalendarz wyborczy jest poważną przeszkodą w prowadzonych przez USA i UE negocjacjach o transatlantyckiej umowie handlowo-inwestycyjnej (TTIP). Po wyborach może się bowiem okazać, że w Białym Domu zabraknie chęci, by kontynuować rozmowy z Unią.

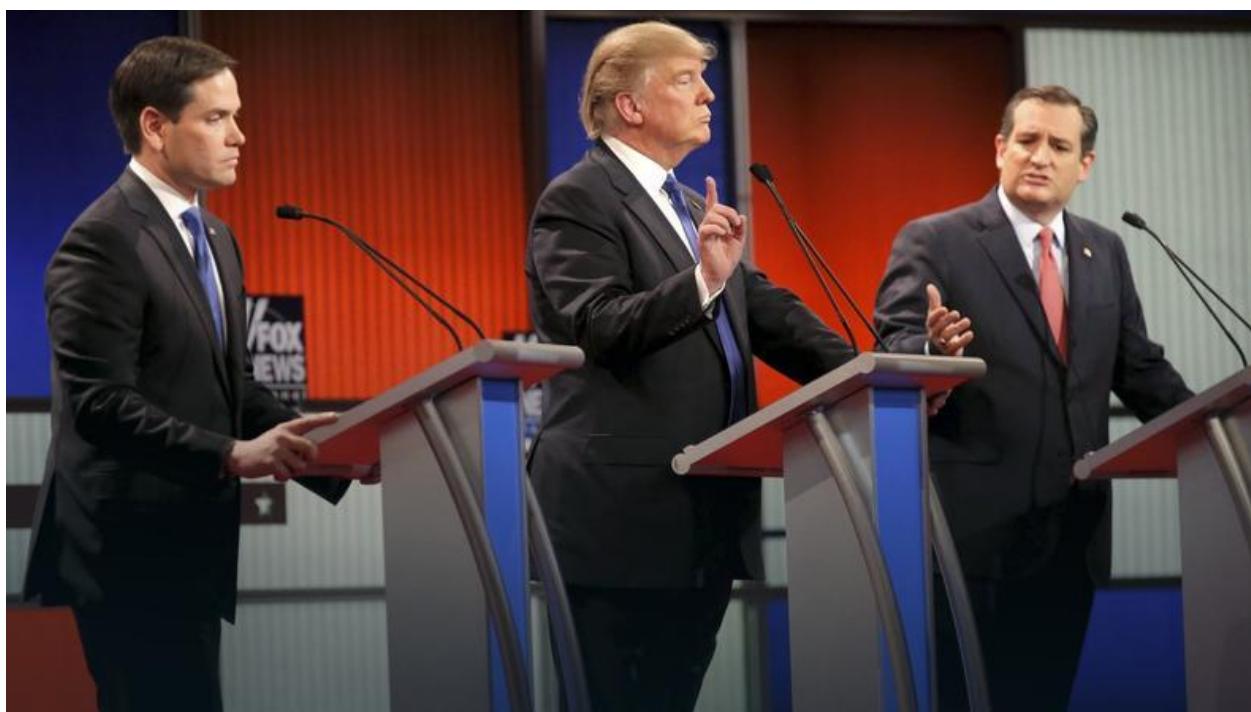


Foto: JIM YOUNG / Reuters

Administracja prezydenta Baracka Obamy naciska więc, by prowadzone od blisko trzech lat rokowania zakończyć jeszcze w tym roku. Urzędnicy w Waszyngtonie podkreślają, że po zmianie władzy z powodu samych przekształceń w rządzie rozmowy mogą zostać wstrzymane na co najmniej kilka miesięcy. Jeśli wygrają Republikanie, grozi im nawet zamrożenie.

Negocjatorzy z USA i Komisji Europejskiej twierdzą, że 2016 rok jest cały czas możliwym terminem zakończenia negocjacji, mimo że wciąż do omówienia pozostaje wiele kwestii trudnych, jak zamówienia publiczne czy szczególnie zróżnicowane i dotykające wielu zagadnień sprawy rolnictwa. Ale nie wierzą w to europarlamentarzyści,

którzy mają dostęp do treści TTIP; według nich, jeśli umowa ma być tak ambitna, jak obie strony założyły na początku, trzeba poświęcić jej o wiele więcej czasu.

Wybory w USA odbędą się 8 listopada. Obama opuści Biały Dom 20 stycznia 2017 roku.

Temat umów handlowych w trakcie kampanii jest na razie nieobecny. Ale główni kandydaci ubiegający się o nominacje swych partii krytycznie odnosili się do liberalizacji handlu z innymi partnerami w świecie, mówiąc, iż negatywnie wpłynęłaby na zarobki i życie Amerykanów. Nie odnosili się bezpośrednio do TTIP.

Hillary Clinton, która walczy o nominację prezydencką Partii Demokratycznej, jako szefowa [amerykańskiej](#) dyplomacji popierała porozumienie o wolnym handlu w obszarze Pacyfiku (TPP). Teraz je krytykuje, narażając się administracji, w której pełniła funkcję sekretarza stanu.

- Chcę być pewna, że mogę spojrzeć w oczy amerykańskiej klasie średniej i powiedzieć: to pomoże podnieść wasze pensje. I doszłam do wniosku, że nie mogę – mówiła w zeszłym roku, jeszcze przed zakończeniem negocjacji z 11 państwami.

Stany Zjednoczone oraz Australia, Brunei, Chile, Japonia, Kanada, Malezja, Meksyk, Nowa Zelandia, Peru, Singapur i Vietnam ostatecznie podpisały TPP 4 lutego.

W swojej książce „Hard Choices” („Trudne wybory”) Clinton kwestionowała też wpisywany w międzynarodowe umowy handlowo-inwestycyjne mechanizm rozwiązywania sporów między państwem a inwestorem, tzw. klauzulę ISDS. To w Europie jeden z najbardziej krytykowanych elementów, mających znaleźć się w TTIP. Jeszcze ostrzej o TPP wyrażał się miliarder Donald Trump, który chce wystartować w wyborach prezydenckich jako kandydat Republikanów. Dla niego umowa to atak na amerykański biznes.

- To nie powstrzyma manipulacji japońską walutą. To złe porozumienie – podkreślał, odnosząc się do działań rządu Japonii, mających na celu osłabienie wartości jena i dzięki temu wzmacnienia pozycji japońskich eksporterów.

Ultrakonserwatywny senator z Teksasu Ted Cruz, który również zabiega o nominację prezydencką z ramienia Partii Republikańskiej, też wyrażał sprzeciw wobec TPP i opowiadał się za wprowadzeniem dodatkowych ograniczeń w dostępie do amerykańskiego rynku.

Krytycy nie szczędził również ubiegający się o kandyaturę Demokrata Bernie Sanders. Nazwał TPP „kontynuacją katastrofalnej polityki handlowej, która zrujnowała przemysłowe miasta” Ameryki. - Musimy odbudować znikającą klasę średnią, a nie ją zniszczyć – oświadczył po publikacji treści porozumienia handlowego dla państw Pacyfiku.

Zwykli Amerykanie zapytani, czym jest TTIP, niewiele potrafią powiedzieć. Ci, którzy o temacie słyszeli, często mylą TTIP z TPP. Jednak jeszcze częściej wyrażają

zaskoczenie, że Stany Zjednoczone do dziś nie zawarły umowy o wolnym handlu z Unią Europejską.

Towary z Europy, zwłaszcza produkty spożywcze i samochody, mają w USA bardzo dobrą markę, należą do dóbr najdroższych, często luksusowych. Ich ceny są o wiele wyższe od amerykańskich odpowiedników.

Przed tygodniem w Brukseli zakończyła się 12. runda unijno-amerykańskich negocjacji ws. TTIP. Strony zapowiedziały, że do lipca będą mieć gotową ujednoliconą treść większości umowy.

## **Romania – Adelina Mihai**

### **Health-conscious Americans provide a 35 billion Euro market for organic farmers**

[Summary translation by FPC] CJ Isbell, co-owner of Keenbell Farm, runs an organic farm that specializes in the production of beef, pork, chicken and cereals (soy, corn, wheat, barley, rye, etc.). He noted that Americans are becoming more health-conscious, and his method of farming is both sustainable and produces healthier food. Cathal Armstrong, owner of Restaurant Eve in Virginia, also noted that American consumers are becoming more interested in healthy food.

<http://www.zf.ro/business-international/pofta-americanilor-de-mancare-sanatoasa-alimenteaza-o-piata-de-35-de-miliarde-de-dolari-a-fermierilor-care-produc-organic-galerie-foto-15102690>

**Pofta americanilor de mâncare sănătoasă alimentează o piață de 35 de miliarde de dolari a fermierilor care produc organic. Galerie FOTO**

10 mar 2016 Autor: [Adelina Mihai](#)



**Proprietarul unei ferme organice din Virginia: "Primesc 20 de telefoane pe zi și răspund la 60 de emailuri ale clienților. Majoritatea ajung la noi prin Facebook".**

Obiceiurile alimentare ale americanilor încep să se îndrepte pe consumul de alimente sănătoase, iar această tendință alimentează o piață a vânzărilor de alimente organice estimată la valoarea de 35 de miliarde de dolari în 2014. În plus, creșterea medie a acestei industrii a fost de 10% în perioada post-criză, potrivit datelor United States Department of Agriculture. Deși industria americană de fast food este de circa 5,5 ori mai mare decât cea a produselor organice, micii fermieri spun că modelul actual al agriculturii americane nu mai este sustenabil pe termen lung, iar cererile în creștere de produse organice din partea clienților susțin această tendință.

"Primesc 20 de telefoane pe zi și răspund la 60 de emailuri. Majoritatea clienților vin din Facebook, care este cel mai bun instrument de vânzare pentru noi, dar suntem și pe Twitter, Instagram sau Pinterest", spune C.J. Isbell, un fermier în vîrstă de 30 de ani din Rockville, Virginia (districtul Hanover, SUA).

Co-proprietar al Keenbell Farm, un business de familie aflat la cea de-a treia generație situat la o distanță de două ore de Washington DC, Isbell conduce astăzi o fermă organică care specializată în producția de carne de vită, porc, pui și cereale (soia, porumb, grâu, orz, secără etc.).

„Ferma a fost înființată de bunicul meu în 1951, care s-a retras din afacere în 1998. În 2005, când aveam 20 de ani, am început renovarea fermei, cu o investiție inițială de 250 de dolari, doi acri de pământ (0,8 hectare- n.red.) și două garduri și cu o vacă împrumutată de la o vecină. De atunci și până în prezent am investit în fermă jumătate de milion de dolari, iar anul acesta demărăm o nouă investiție în valoare de un milion de dolari”, a spus C.J. Isbell, care este proprietar al fermei împreună cu tatăl său, care s-a implicat în afacere începând cu anul 2008.

În prezent, businessul Keenbell Farm administrează o fermă pe o suprafață de 350 de acri (141 de hectare), iar produsele comandate online sau telefonic pot fi achiziționate de la magazinul amenajat în cadrul fermei, care a fost până în prezent deschis câte o zi pe săptămână, însă cererea mare îi determină pe fermieri să își închidă magazinul câte două zile pe săptămână. Produsele pot fi achiziționate și în alte zile cu pre-comandă, de la trei supermarketuri din regiune cu care ferma a încheiat parteneriate.

”Am observat o preferință a consumatorilor și spre zona de livrare la domiciliu, model pe care l-am testat și noi, dar e mai dificil de implementat, raportul cost-eficiență nu este încă cel dorit”, a mai spus Isbell.

În ceea ce privește tipul produselor pe care le comercializează, fermierul american susține că modelul actual al agriculturii din SUA nu este unul sustenabil pe termen lung și că, dacă la începutul afacerii clientul mediu era o persoană cu venituri disponibile peste medie, în prezent produsele organice sunt cumpărate de persoane cu venituri medii, o contribuție la această tranziție având-o și scăderea prețurilor.

În ceea ce privește eventuala concurență care ar putea veni din partea exportatorilor europeni de produse agroalimentare (având în vedere că SUA și UE negociază încheierea unui parteneriat de liber schimb care ar putea să fie gata până la finalul anului- Parteneriatul Transatlantic de Comerț și Investiții - TTIP), Isbell spune că nu se teme de concurență, din contră:

”Avem nevoie de mii de oameni care să înceapă să producă organic, cum facem noi”, a spus Isbell.

Iar preferința americanilor spre mâncare mai sănătoasă este confirmată și de chef-ii restaurantelor din zonă.

"America nu mai înseamnă doar McDonald's, KFC sau Pizza Hut, e mai mult decât atât. Curentul <slow food> începe să fie important și aici, consumatorii americanii devin din ce în ce mai interesați de mâncarea sănătoasă", a spus chef Cathal Armstrong, care a deschis în urmă cu patru ani restaurantul Eve din Virginia, SUA, unde meniul este alcătuit doar din alimente organice, cumpărate de la fermierii din zonă.

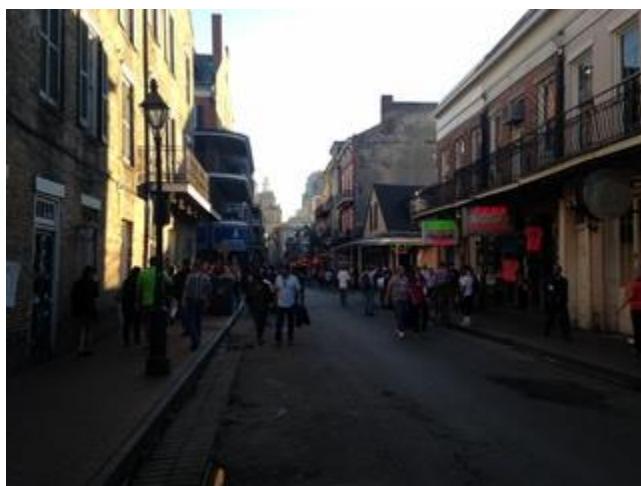
## New Orleans' economy, ten years after being destroyed by Hurricane Katrina

[Summary translation by FPC] Ten years after Hurricane Katrina, the economy appears to have recovered, and the number of tourists exceeds pre-Katrina figures. Michael Hecht, CEO of Greater New Orleans, Inc., said that disasters like Katrina result in massive new investment from both federal and private sources. Kim Priez, Senior Vice President for Tourism in the New Orleans Convention and Visitors Bureau, said that in 2015, New Orleans welcomed 10 million tourists, who spent about \$7 billion. Anthony Bodin, Senior Vice President of Louisiana Economic Development, cited foreign investment in Louisiana as a positive trend.

<http://www.zf.ro/business-international/cum-arata-astazi-economia-orasului-new-orleans-distrus-in-urma-cu-zece-ani-de-uraganul-katrina-galerie-foto-15102686>

**Cum arată astăzi economia orașului New Orleans, distrus în urmă cu zece ani de uraganul Katrina.**

10 mar 2016 Autor: [Adelina Mihai](#)



**În august 2005, uraganul Katrina a devastat orașul New Orleans din statul american Louisiana și a inundat 80% din oraș. Timp de o lună, orașul a fost închis, iar toți locuitorii au fost evacuați. Astăzi, la zece ani de la dezastru, pe strada Bourbon din New Orleans e plin de turiști care au venit să se distreze în locul în care a luat naștere jazzul, economia orașului pare că și-a revenit, în timp ce numărul turiștilor a depășit nivelul celor din perioada de dinainte de Katrina. Cum a traversat ultimul deceniu orașul supranumit de localnici "cel mai european oraș din Statele Unite ale Americii"?**

"Katrina a reprezentat pentru locuitorii New Orleans și o schimbare psihologică masivă. Lăsând la o parte pierderile umane, dezastrele de o asemenea amploare înseamnă și o infuzie masivă de bani. Imediat după Katrina, New Orleans a primit o finanțare de 140 de miliarde de dolari pentru investiții, jumătate din bani provenind din surse federale, iar

jumătate din acțiuni filantropice”, a spus Michael Hecht, președinte și CEO al Greater New Orleans Inc., o organizație care se ocupă de atragerea de investiții și de dezvoltarea mediului de business în regiunea de sud-est a statului Louisiana.

Primele investiții din finanțările primite au fost făcute în infrastructura necesară pentru protecția împotriva inundațiilor (având în vedere că principala cauză a dezastrului în care și-au pierdut viața peste 1.400 de oameni în 2005 a reprezentat-o faptul că peste 50 de diguri care protejau orașul au cedat), unde s-au alocat circa 15 miliarde de dolari.

De asemenea, alte aproape două miliarde de dolari au fost folosite pentru reforma învățământului din New Orleans, ceea ce a generat o îmbunătățire semnificativă a statisticilor privind performanța educațională a orașului. Astfel, dacă rata de absolvire a liceului era de 54% în 2004 (când orașul avea unele dintre cele mai proaste rezultate din Statele Unite din acest punct de vedere), ponderea absolvenților de liceu a ajuns la 73% în 2014. și numărul studenților înscriși la universități a crescut cu 60% în aceeași perioadă.

O sursă importantă de venituri pentru regiune o reprezintă industria turismului, având în vedere că popularitatea zonei a crescut foarte mult în urma dezastrului generat de uraganul Katrina.

”Fără turiști, nu am fi fost nici pe departe la nivelul la care suntem acum și nu am putea susține finanțier tot ce am construit. Numărul turiștilor este mai mare decât cel de dinainte de Katrina, astfel că, în 2015, am avut aproape 10 milioane de turiști care au cheltuit circa 7 mld. de dolari. Avem o reputație bună în organizarea de evenimente de dimensiuni mari”, explică Kim Priez, vicepreședinte senior pentru turism în cadrul New Orleans Convention& Visitors Bureau. Cheltuiala medie pe zi a unui turist din SUA este de 239 de dolari pe zi, iar cea a unui turist internațional este de 364 de dolari pe zi.

### **Au atras peste 100 de miliarde de euro din investiții străine din 2008**

Pentru dezvoltarea economică a Louisianei, strategia autorităților s-a axat atât pe atragerea de noi investiții străine directe, cât și pe creșterea exporturilor. Dacă fostul guvernator al statului a făcut călătorii atât în Asia, cât și în Europa, pentru a atrage noi potențiali investitori în Louisiana, noul guvernator a atras atenția și asupra nevoii de concentrare a eforturilor și pe comerțul internațional.

”Louisiana a beneficiat de investiții în valoare de 105 mld. de euro din 2008 încoace. Criza a venit mai târziu aici și nu ne-a lovit foarte tare, ne-am revenit repede. Din iulie 2014 până în mai 2015, șapte companii (precum Bell Helicopter sau IBM) au anunțat planuri de noi investiții în Louisiana. Cu un nivel al investițiilor străine directe de 324 de milioane de dolari per capita din 2008 încoace, Louisiana se poziționează pe primul loc din rândul statelor americane din acest punct de vedere”, explică Anthony Bodin, assistant director, international commerce în cadrul organizației Louisiana Economic Development.

Facilitățile oferite de autorități investitorilor, dar și ușurința de a face afaceri în Louisiana – unde o companie își poate deschide operațiunile în șase luni, de exemplu – a determinat ca 75% din noile locuri de muncă din economie să fie generate de investițiile străine noi.

### **Siguranța populației, pe "to do list-ul" autorităților**

Pe de altă parte, administrația locală a orașului New Orleans mai are multe probleme de rezolvat, având în vedere că în oraș nu este interzis consumul de băuturi alcoolice în spațiile publice și nici deținerea de arme, iar în zonele aglomerate există în continuare destul de mulți cerșetori.

"Aşa se întâmplă în fiecare weekend. Se îmbată, se ceartă și termină seara fie la spital, fie în pușcărie. Nu se interzice consumul de alcool în spațiile publice pentru că interesul este să se consume cât mai mult, adică să se încaseze cât mai mulți bani", spune un taximetrist de origine indiană stabilit de 25 de ani în New Orleans.

Totuși, reprezentanții administrației locale sunt conștienți de aceste aspecte care afectează negativ imaginea orașului.

"Siguranța populației și atenuarea inechităților sociale sunt principalele noastre provocări pentru viitor", admite Sarah N. McLaughlin, director de comunicare în cadrul primăriei din New Orleans.

În prezent, venitul mediu al unui locuitor din New Orleans este mic, de 32.000- 35.000 de dolari pe an (2.600 – 2.900 de dolari pe lună), spun reprezentanții primăriei, însă situația începe să se îmbunătățească. Iar primele vești ale viitoarei bunăstări sunt date de mișcările de pe piața imobiliară: "Sunt oameni care locuiesc și lucrează în New York și care își cumpără o a doua casă în New Orleans, ca un fel de casă de vacanță", adaugă Sarah N. McLaughlin.

### **Acordul comercial dintre SUA și UE, oportunitate pentru micii procesatori de fructe de mare din zonă**

Louisiana are un PIB de circa 253 de miliarde de dolari și o populație totală de 4,67 milioane de persoane, iar în New Orleans locuiesc circa 340.000 de oameni. În total, în 2014, exporturile Louisianei au fost de 65 de miliarde de dolari (aflându-se pe locul șase în topul statelor americane după valoarea totală a exporturilor din 2014), iar cea mai mare parte a exporturilor, adică peste două treimi, este generată de New Orleans.

Comerțul internațional al zonei ar putea crește semnificativ dacă SUA și UE ar concretiza Parteneriatul Transatlantic de Comerț și Investiții (TTIP), având în vedere că în prezent cele două părți negociază parteneriatul de liber schimb care ar putea fi gata până la finalul anului.

Unii dintre marii beneficiari ai acestui parteneriat ar fi procesatorii din industria fructelor de mare, având în vedere că, local, se confruntă cu competiția generată de importurile de astfel de produse din China, care sunt mult mai ieftine.

"Așteptăm încheierea TTIP pentru că este o oportunitate pentru noi să intrăm pe piețe noi, cu produse premium, la prețuri mai mari. Vrem să suplimentăm piața europeană, nu să intrăm în competiție cu alte companii care fac același lucru ca noi", spune Chalin Delaune, unul dintre proprietarii Tommy's Seafood Inc. din New Orleans, o afacere de familie în domeniul procesării de fructe de mare cu venituri anuale de 22 de milioane de dolari și circa 100 de angajați.

"Vrem să ne aliniem la standardele europene, care sunt mai drastice decât cele ale noastre, pentru a oferi protecție consumatorilor. În prezent, etichetarea produselor este singura metodă prin care ne putem diferenția de produsele importate din Asia. China, de exemplu, care își protejează consumatorii, nu permite comercializarea de creveți pe piața domestică, însă permite exportul acestor produse în SUA. De aceea, doar 10% din consumul nostru de creveți vine din producția generată în SUA", a mai spus Chalin Delaune.

De aceeași părere este și Kristi App, vicepreședinte al J.W. Allen Company, o companie din New Orleans care oferă servicii de logistică pentru companiile care fac comerț internațional.

"În cadrul TTIP se vorbește mult despre standardizare, ceea ce este benefic pentru industria fructelor de mare din Louisiana. Avem în SUA foarte multă mâncare modificată genetic din China sau din Vietnam, iar în statele din UE mâncarea nemodificată genetic va fi apreciată de consumatori. De aceea, pentru companiile mici de procesare de fructe de mare, alinierea la standardele europene va fi benefică", a mai spus Kristi App.

## How does Romania benefit from a U.S.-EU free trade agreement?

[Summary translation by FPC] The World Trade Institute estimates that, if a U.S.-EU trade agreement were to be completed, Romania's GDP would grow by 0.2%, its exports to the U.S. would grow by 18%, and consumer prices would fall by 1%. Negotiators, who gathered in Brussels last week, hope to complete the agreement by the end of 2016, given the pending change in the U.S. administration. Commentators discuss the affect of an agreement on the medical sector.

<http://www.zf.ro/eveniment/ce-are-romania-de-castigat-din-parteneriatul-de-liber-schimb-dintre-uniunea-europeana-si-sua-15091783>

### Ce are România de câștigat din parteneriatul de liber schimb dintre Uniunea Europeană și SUA

2 mar 2016 Autor: Adelina Mihai



**Produsul Intern Brut al României ar crește cu 0,2%, exporturile românești în SUA ar înregistra un avans de 18%, prețurile de consum vor scădea cu 0,1%, iar angajații cu calificări înalte vor avea salarii mai mari - acestea ar fi câștigurile României dacă oficialii europeni și cei americani decid să încheie cel mai mare acord comercial din istorie – un „NATO economic“ cum a început să i se spună.**

Impactul Parteneriatului Transatlantic de Comerț și Investiții (TTIP), un acord de liber schimb dintre statele Uniunii Europene și SUA care ar putea să fie încheiat până la finalul acestui an, a fost calculat de către experții World Trade Institute, un institut de cercetare din cadrul universității din Berna.

„TTIP este un parteneriat de care pot beneficia atât IMM-urile, cât și companiile mari. Încheierea acestui acord ar aduce o creștere economică de 1,6% pe an pentru 27 din

cele 28 de țări din Uniunea Europeană, Malta fiind excepția“, explică Susan Danger, managing director al AmCham EU, organizația care reprezintă interesele companiilor americane în statele din Uniunea Europeană.

Cercetarea realizată de World Trade Institute arată că, în termeni macroeconomici, TTIP ar conduce la creșterea PIB-ului în toate statele UE (fără Malta, care ar avea o scădere economică de 0,3 % în cazul în care acest parteneriat s-ar încheia), la o creștere a exporturilor și a salariilor, precum și la o scădere a prețurilor de consum în majoritatea statelor. În plus, TTIP ar avea un impact pozitiv pentru dezvoltarea IMM-urilor dacă în varianta finală a parteneriatului acesta ar rezolva barierele pe care le întâmpină în practică firmele mici și mijlocii care vor să exporte pe piața americană.

Săptămâna trecută au avut loc la Bruxelles o serie de întâlniri între negociatorii americani și cei europeni ai parteneriatului, iar oficialii speră ca acestea să fie finalizate până la sfârșitul anului, având în vedere că în ianuarie 2017 se încheie mandatul președintelui american Barack Obama în timpul căruia s-au început negocierile (din 2013). În caz contrar, spune partea americană, schimbările de leadership din administrație ar conduce la o tărgănare a adoptării proiectului pentru o perioadă care poate ajunge chiar la câțiva ani.

La rândul lor, negociatorii europeni spun că este posibilă încheierea parteneriatului până la sfârșitul anului, însă niciuna dintre părți nu dorește ca această grabă să se finalizeze cu un acord „subtire“ în conținut. „Suntem pregătiți să încheiem negocierile pentru TTIP în 2016 dacă vom avea un acord de substanță“, a spus Ignacio Garcia Bercero, negociatorul-șef din partea Uniunii Europene al acordului TTIP. Discuțiile privind stadiul TTIP au avut loc în cadrul celei de-a 12-a runde de negocieri și s-au prelungit și în această săptămână.

„Ne dorim un parteneriat bun care să ne permită accesul pe o nouă piață. Nu știu dacă 2016 este un scenariu realist pentru finalizarea negocierilor. Nu știu de asemenea ce se va întâmpla în cazul în care acordul nu se încheie până la finalul anului și dacă negocierile vor continua în mandatul succesorului președintelui Obama, având în vedere că Donald Trump, de exemplu, a spus foarte clar că nu este un „prieten“ al TTIP. În iulie decidem dacă acest acord va fi finalizat sau nu până la sfârșitul anului“, spune euro-parlamentarul german Bernd Lange (Grupul Alianței Progresiste a Socialistilor și Democraților).

TTIP a stârnit o serie de controverse, mai ales în legătură cu mecanismul de soluționare a litigiilor dintre investitori și stat, criticii proiectului susținând că aceste norme ar oferi prea multă putere companiilor private străine, care ar putea să dea în judecată guvernele și ar putea primi despăgubiri în cazul în care guvernele nu respectă toate clauzele din contract. Alte probleme sunt legate de accesul pe care îl oferă acest parteneriat investitorilor în domenii precum educație și sănătate, unde interesul companiilor private ar fi mai ales pentru obținerea de profit și nu ar acționa în interesul cetățenilor, spun reprezentanții organizațiilor care reprezintă interesele celor care activează în aceste sectoare.

„Dacă vom permite accesul finanțărilor private în sistemul medical, populația nu își va mai permite să acceseze aceste servicii, iar interesul pentru profit al companiilor va determina ca aceste servicii să piardă din calitate. Trebuie să protejăm interesul cetățeanului de a avea acces la servicii medicale de calitate“, susține Jean-Pierre Descan, reprezentantul Collège Intermutualiste National din Belgia, o asociație de asigurări care funcționează în interesul populației belgiene din sistemul de asigurări sociale.

La rândul său, Sarada Das, reprezentanta Standing Committee of European Doctors (CPME), o organizație care apără interesele medicilor din Europa, este de părere că „sectorul medical ar trebui exclus din acest acord, pentru că interesele nu sunt aceleași“.

Pe de altă parte, Hosuk Lee-Makiama, director în cadrul European Center for International Political Economy, spune că privatizarea sectorului medical public este unul dintre miturile care s-au perpetuat despre TTIP.

„Nu există niciun acord de comerț care să includă privatizarea sectorului public de sănătate. Acest acord nu va împiedica un guvern să dețină un spital dacă își dorește acest lucru. (...) Economia europeană nu a crescut pentru că europenii au devenit deodată mai deștepți, ci pentru că am intrat pe noi piețe. Creșterea economică este mai importantă pentru Europa decât pentru oricine altcineva. Puterea economică a Europei va scădea puternic în următorii 10- 15 ani dacă nu se întâmplă ceva cu comerțul“, a explicat Hosuk Lee- Makama.

În ceea ce privește serviciile educaționale, o parte dintre cei care ar putea fi afectați de încheierea TTIP susțin că nu ar trebui să se permită accesul investitorilor privați în ciclul primar și secundar, întrucât școlile europene nu au prezență de natură comercială în străinătate și nu avem parteneriate transnaționale pentru furnizarea de servicii care să influențeze piața serviciilor educaționale americană.

Alte aspecte care trebuie clarificate în cadrul TTIP sunt legate de diferențele de standarde folosite în SUA și în UE, astfel încât în cazul industriei automotive, de exemplu, să nu existe probleme la comerțul internațional în cazul în care cele două părți folosesc metode diferite de verificare a calității în cazul centurilor de siguranță, de exemplu.

## **Slovenia – Maja Derčar**

### **What do Americans want?**

[Summary translation by FPC] On the negotiating table are questions of technical standards, standardized safety tests for vehicles, protection of intellectual property rights, energy, raw materials procurement, customs, mutual recognition of professional qualifications, generic medicines, and agricultural products in Europe. European negotiators know that America will reap greater benefits from TTIP. Most opposition to the agreement comes from Germany, Austria and Slovenia.

<http://www.rtvslo.si/gospodarstvo/kaj-hocejo-american/386778>



V Evropi javnost sporazumu ni naklonjena. Foto: BoBo



Zaskrbljenost, da bo TTIP poslabšal stanje na trgih, je slišati iz vrst predstavnikov različnih prehrambnih panog. Foto: MMC RTV SLO/Maja Derčar

### **Kaj hočejo Američani?**

Pogajanja bodo končana januarja prihodnje leto

27. februar 2016 ob 06:57  
Ljubljana - MMC RTV SLO

**Ameriška javnost v večini ni slišala za pogajanja o prostotrgovinskem sporazumu med obema stranema Atlantika, ameriška vlada pa pričakuje, da ZDA v trgovaju z Evropo ne bodo diskriminirane in da stara celina odpre trg za proizvode in storitve ameriških podjetij.**

Največ nasprotovanja sporazumu prihaja iz Nemčije, Avstrije in Slovenije. Pogajanja naj bi bila končana do januarja 2017.

Na pogajalski mizi so vsa vprašanja, od tehničnih standardov, poenotenja varnostnih testiranj za vozila, od storitev, zaščite intelektualnih pravic, energetike, surovin, javnih naročil, carin, medsebojnega priznanja poklicnih kvalifikacij do generičnih zdravil in kmetijskih proizvodov, ki so v Evropi posebno občutljiva tema. V Bruslju se je končal že 12. krog pogajanj o čezatlantskem trgovinskem in naložbenem partnerstvu TTIP. Pogajalci na obeh straneh so sredi tedna prisluhnili argumentom upoštevne javnosti, večinoma stanovskim in nevladnim organizacijam, tudi zastopnikom živilskih in potrošniških združenj.

Evropa je v trgovini s kmetijskimi izdelki močnejša od ZDA. Lani so evropski proizvajalci v Ameriko izvozili za 25 milijard dolarjev, ameriški pa v Evropo za 13 milijard. V primerjavi z letom 2014 se je evropski trgovinski presežek z Združenimi državami v kmetijskem in prehrambnem deležu povečal za 15 odstotkov.

Evropa v primerjavi z ZDA prek Atlantika izvozi desetkrat več mleka, na uvoženo mleko iz ZDA pa je uvedla trikrat višje carine, pravi Maike Moellers iz združenja ameriških mlečnih proizvajalcev USDEC, ki kliče k izenačitvi trgovalnih pogojev. Poleg tega opozarja, da Evropska unija neupravičeno ščiti geografsko poreklo pri izdelkih, ki imajo povsem generična imena in jih izdelujejo drugod po svetu, kot sta parmezan ali feta. Podobno meni Alice O'Donovan iz evropskega mlečnega združenja Eucolait, ki podpira odpravo carinskih in necarinskih omejitev v trgovaju z mlečnimi izdelki.

Druga proizvajalska združenja iz Evrope so bolj kritična in prestrašena. Anna Boulova iz Frucoma predstavlja stališče, naj EU odpre trg za uvoz ameriških oreščkov kot surovine, ne pa tudi za končni produkt, saj od predelave in pakiranja oreščkov, zlasti mandljev in pistacije, živi 8.000 Evropejcev. Claire Grosbois iz STARCH EUROPE se boji, da bodo ameriški proizvajalci, ki delajo v regulatorno spodbudnjem okolju, plačujejo manj za porabo energije in kupujejo cenejše, gensko spremenjene surovine, preplavili evropski trg s poceni izdelki iz krompirja, pšenice in koruze, zlasti koruznega sirupa, zato poziva k ohranitvi uvoznih carin. Nicholas Ferenczi iz AGPB-ja dodaja, da so ameriški proizvajalci ob padcu tržnih cen pšenice deležni večjih subvencij v primerjavi z evropskimi konkurenti. Veliko strahu izražajo manjši kmetje, zlasti tisti, ki živali ne pitajo z gensko spremenjeno krmo. Bodo izrinjeni s trga? Katharina Reuter iz Ecopreneur.eu se pri nasprotovanju TTIP-u opira tudi na podatek, da Američani v sadju

in zelenjavi dopuščajo do 500-krat več ostankov pesticidov kot Evropejci. Meni, da bo vsak kompromis na tem področju pomenil nižanje evropskih standardov.

Evropska komisija vedno znova ponavlja, da nižanja standardov ne bo, evropski potrošnik bo zaščiten enako kot do zdaj. Z ameriške strani slišimo, da bodo tam, kjer obstajajo različna pravila, s sporazumom poskušali ustvariti novo regulacijo, denimo pri uporabi voznega pasu, ki ga Američani ne poznajo, tu pa je njegova uporaba obvezna. Ameriška stran tudi priznava, da v procesu pogajanj javnosti noče razkriti vseh kart, ker bi to ogrozilo pogajanja, ki povsod in vedno potekajo za zaprtimi vrati. Na očitke o netransparentnosti odgovarjajo tudi z vprašanjem, ali so nevladne organizacije, ki nasprotujejo TTIP-u, same dovolj transparentne, saj ne razkrijejo vedno, koga zastopajo in kako se financirajo. Obe strani, ZDA in EU, menita, da bo za razpravo o sprejemljivosti TTIP-a dovolj časa po koncu pogajanj, ko bo na voljo celotno besedilo sporazuma. Potrjevalo ga bo 35 parlamentov v Evropi, sedem izmed teh jih je samo v Belgiji. Medtem pa so osnutki besedila na voljo določenim vladnim predstavnikom in poslancem v posameznih članicah, na ministrstvu za gospodarstvo pravijo, da bo bralna soba za slovenske poslance in krog državnih uradnikov odprta v kratkem.

Besedilo TTIP-a naj bi bilo končano do januarja 2017, ko se izteče mandat ameriškemu predsedniku Obami. Hosuk Lee Makiyama iz Evropskega centra za mednarodno politično ekonomijo, to je bruseljsko miselno središče, TTIP vidi kot nujen korak k omilitvi posledic, ki bodo nastopile ob sprostitvi trgovine drugod po svetu. ZDA so s pacifiškimi državami pravkar končale pogajanja o TPP-ju, sporazumu, ki bo na odrinjeno Evropo vplival negativno. Zato mora EU po njegovem mnenju skleniti sporazum z Američani, s Kitajci ga očitno ne bo. V nasprotnem primeru bo stara celina vedno bolj odrinjena na rob. Dodaja, da bo TTIP najbolj koristil velikim izvoznikom, denimo nemškim, skupaj z njimi pa posredno tudi slovenskim, ki so vezani na nemški trg. Študija, ki so jo pred letom dni predstavili ekonomist Jože P. Damijan in kolegi, je pokazala na rahlo negativne učinke sporazuma TTIP na slovensko gospodarstvo, a po objavi končnega besedila prostotrgovinskega sporazuma bodo na gospodarskem ministrstvu pripravili oziroma naročili novo analizo.

A najverjetnejše se bodo pogajanja zavlekla tudi v prihodnje leto. Od 24 poglavij sta se strani do zdaj pogajali le o trinajstih, pri enajstih pa ameriška stran še ni podala nobenih predlogov. Vsa težka vprašanja ostajajo za konec. Evropski pogajalci mirijo domačo javnost, da pri hrani ne bo zmanjšanja standardov, obenem pa ameriški pogajalci sporočajo, naj EU prilagodi pravila na fitosanitarnem področju in da se bo treba pogovarjati tudi o gensko spremenjenih organizmih in biotehnologiji v prehrani. Dan Mullaney, glavni ameriški pogajalec, poudarja, da je pri prehranski varnosti treba upoštevati znanstvene izsledke. To stališče razburja del evropske javnosti. Na deklarativeni ravni ZDA ne nasprotujejo geografskemu poreklu (Švedska ima dva takšna izdelka, Francija več kot 400), saj imajo tudi sami svoj zapleten sistem porekla, vendar pa pričakujejo odprtje evropskega trga, tudi za ameriške proizvode z imeni, ki jih ščiti EU.

Evropski pogajalci vedo, da bo Amerika požela večje koristi od TTIP-a, ko bodo enkrat odstranjene ali zmanjšane carine (EU je na pogajalsko mizo dal 97 odstotkov svojih uvoznih carin) ali ko bodo v Evropo prišli ameriški kmetijski izdelki, zato koristi išče zlasti v odpravi podvojenih testiranj in pregledov blaga, v odprtju zdaj neprodušno zaprtega ameriškega pomorskega ali letalskega sektorja in v priložnostih evropskih podjetij, da se potegujejo na ameriških javnih razpisih. Zakonodaja Buy America Act to marsikje preprečuje. V zadnjem času je nekaj evropskim podjetjem, zlasti gradbenim in farmacevtskim (češki Inekom, danski Bavarian Nordic, francoski Keolis ali nemški Siemens) uspelo pridobiti posel na ameriških javnih razpisih, a manjša podjetja te priložnosti nimajo in to velja za obe strani Atlantika. Obe strani bosta svoja stališča glede odprtja javnih naročil predstavili prihodnji teden.

Do poletja bosta stekla še dva kroga pogajanj, do takrat naj bi strani tudi vsaj delno uskladili predlog o mehanizmu za reševanje sporov med vlagatelji in državami, ki je na noge spravil protestnike po številnih članicah EU-ja. Podoben mehanizem ima Evropa z Vietnamom ali Južno Korejo.

## TTIP – A flood of genetically modified food?

[Summary translation by FPC] Negotiations on a free trade agreement between Europe and the United States are being accelerated, and the toughest, most controversial issues will be resolved in the end, probably at the end of this year. Then there is the question of whether Europe will throw open the doors to genetically modified food from America and whether it will properly marked. The American side insists that such food is harmless and does not require a label. Catherine Novelli, of the U.S. State Department, says that the U.S. asks only that "the European Union to enforce its own rules." Skip Jones, Executive Director for Europe at the U.S. Department of Commerce, points out that the science on both sides of the Atlantic confirms the safety of GMOs,

<https://www.rtvslo.si/gospodarstvo/ttip-poplava-gensko-spremenjene-hrane/387729>



"Skrbi nas način ocenjevanja varnosti hrane v EU-ju, ki povzema pristop, češ z izdelkom je lahko nekaj narobe, zato ga prepovedujemo. Menimo, da bi se pravi pristop moral glasiti: če obstaja težava, je treba preveriti tveganja," dodaja Robert Spitzer, pogajalec z ameriškega kmetijskega ministrstva. Foto: MMC RTV SLO



. Catherine Novelli, namestnica Johna Kerrya na ameriškem zunanjem ministrstvu pravi, da ZDA prosijo le, "da Evropska unija uveljavi lastna pravila. Tudi v EU-ju veljajo pravila, ki temeljijo na znanstvenih doganjih, zato pričakujemo le, da bodo začela veljati." Foto: State Departement

## Kaj hočejo Američani?

### TTIP - Poplava gensko spremenjene hrane?

Američani ne razumejo

**Pogajanja o prostotrgovinskem sporazumu med Evropo in ZDA dobivajo pospešek, najtežja, najspornejša vprašanja pa bosta strani reševali na koncu, verjetno že konec tega leta.**

Mednje sodi tudi vprašanje, ali bo Evropa na stežaj odprla vrata gensko spremenjeni hrani iz Amerike in ali bo ta primerno označena. Ameriška stran vztraja, da je tovrstna hrana neoporečna in zanjo ni potrebnih oznak.

Slovenija spada med države z restriktivno politiko do gensko spremenjenih organizmov (GSO), saj omejuje in prepoveduje gojenje na našem ozemlju. Odklonilen odnos imajo tudi druge članice, med njimi Avstrija, Francija, Grčija, Madžarska in Nemčija. To pa ne pomeni, da Evropa ne uvozi ogromnih količin gensko spremenjene krme (soje in koruze) za živali. Ta na končnih prehranskih izdelkih ni označena. Slovenija je sicer med državami, ki v evropskem redu zahtevajo tudi deklaracijo o posredni uporabi GSO-ja, polovica članic EU-ja deli enako mnenje, polovica pa ne. O tem poteka razprava.

Ker so gensko spremenjeni organizmi v Evropi zelo občutljiva tema, ni čudno, da morebitno odprtje evropskega trga za ameriške prehranske izdelke vzbuja strah in pomisleke. Nosilca pogajanj na evropski strani, trgovinska komisarka Cecilia Malström in pogajalec Ignacio Garcia Bercero, zato ves čas mirita, da evropski porabnik v primeru sklenitve sporazuma TTIP ne bo deležen znižanja varnostnih in zdravstvenih standardov, kar pomeni, da ne bo uvoza hormonsko predelanega govejega mesa, vsak GSO pa bo moral dobiti dovoljenje za uvoz.

## Američani niso zadovoljni

Ameriška stran ima drugačno stališče. Glede na to, da imajo ZDA velik primanjkljaj z Evropo v trgovini s kmetijskimi izdelki (ZDA uvozijo za 12 milijard dolarjev več hrane, kot je izvozijo v EU), si želijo več izvoza gensko spremenjenih organizmov, ki jih je znanost potrdila kot zdravju nenevarne. Catherine Novelli, namestnica Johna Kerrya na ameriškem zunanjem ministrstvu, pravi, da ZDA prosijo le, "da Evropska unija uveljavlja lastna pravila. Tudi v EU-ju veljajo pravila, ki temeljijo na znanstvenih doganjih, zato pričakujemo le, da bodo začela veljati."

Skip Jones, izvršni direktor za Evropo na ameriškem ministrstvu za trgovino, poudarja, da znanost na obeh straneh Atlantika potrjuje varnost GSO, "zato prosimo le, da Evropejci potrdijo tovrstne izdelke. EFSA, Evropska agencija za varnost hrane, pravi, da so varni, zato pričakujemo, da bodo potrjeni brez časovnih zamikov."

Podobno razlaga Robert Spitzer, pogajalec z ameriškega kmetijskega ministrstva: "Ne zapovedujemo Evropejcem, kakšna pravila naj uveljavijo, kaj naj gojijo ali jedo. Sploh se ne pogajamo o označevanju gensko spremenjene hrane. Govorimo o trgovinskih ovirah,

*ki očitno obstajajo, saj imata obe strani različno hitre postopke odobravanja izdelkov. To nas skrbi. Naše osnovno stališče glede GSO-ja je, naj Evropa dopusti primeren sistem odobravanja uvožene hrane – v rokih, ki jih evropski zakoni že določajo. Zaskrbljeni smo, ko opazujemo, koliko časa preteče od trenutka, ko EFSA izdelek označi za varnega, do trenutka, ko ga končno potrdita tudi Evropska komisija in Evropski svet. Pri tem nastajajo nepotrebne zamude."*

V Evropski uniji namreč velja, da gensko spremenjena živila po različnih varnostnih merilih ocenjuje EFSA, odobrava pa komisija oziroma kar države same, ki se sklicujejo na načelo previdnosti. EFSA pri GSO-ju še ni našla nevarnih snovi, mnoge države pa jih kljub temu ne sprejmejo zaradi nasprotovanja javnosti. *"Skrbi nas način ocenjevanja varnosti hrane v EU-ju, ki povzema pristop, češ z izdelkom je lahko nekaj narobe, zato ga prepovedujemo. Menimo, da bi se pravi pristop moral glasiti: če obstaja težava, je treba preveriti tveganja,"* dodaja Robert Spitzer.

Jack Bobo, podpredsednik podjetja Intrexon, ki goji gensko spremenjena jabolka, losose in celo komarje, ki se bojujejo proti virusu Zika, razlaga: *"Ni razlike med ameriškim ali evropskim načinom ocenjevanja varnosti GSO-ja, je pa očitna razlika v javnem razpoloženju. Toda, kako smo lahko prepričani, da npr. organski pesticidi čez pol stoletja ne bodo povzročali raka? Moja poanta je, da so gensko spremenjeni produkti ravno tako varni kot vsi drugi. Seveda pa nikdar za nič ne moremo trditi, da je brez tveganj."*

Raziskava javnega mnenja Eurobarometer iz leta 2010 je pokazala, da 60 % Evropejcev nasprotuje gojenju in uporabi GSO. Če bi tovrstna hrana prišla na evropske police, pa bi morala biti označena. Ravno pri označbah se ameriško stališče glasi, da so nepotrebne in bi ustvarile veliko zmedo. Če je hrana varna in pod nadzorom, ne potrebuje dodatnih obveznih deklaracij. Zavajajoče pa so lahko tudi prostovoljne označbe. Skip Jones navaja primer izdelkov, na katerih piše, da ne vsebujejo glutena, čeprav tega v njih nikdar ni bilo. Zato bi se lahko zgodilo, da bi Evropejci svojo hrano po nepotrebнем označevali kot "ne vsebuje GSO" in s tem zavajali porabnika ali pa bi ga z oznakami "vsebuje GSO" strašili.

Vprašanje gensko spremenjenih živil mora biti rešeno, drugače se lahko zgodi, da pogajanja o prostotrgovinskem sporazumu TTIP propadejo. Polemiko o GSO-ju pa bodo zagotovo dobro izkoristili ameriški proizvajalci organsko pridelane hrane, ki je najhitreje rastoči trg v ZDA, saj računajo na to, da bodo v Evropi svoje izdelke prodajali po višjih cenah kot doma.

## **American views on GMO's**

[Radio broadcast in Slovenian, item starts at about 10:50]

<http://4d.rtvslo.si/arhiv/jutranja-kronika/174394032>

## **Spain – Elena Moreno**

Brussels and Washington listen to TTIP concerns from various sectors

[Summary translation by FPC] U.S. and EU negotiations are listening to concerns from various sectors on each side. Both sides have expressed concerns about agricultural items and processed foods, with market access, regulatory issues, and geographical indicators as the main topics. Europeans are also concerned about increased competition after TTIP, when the agricultural sector is still in crisis.

[http://euroefe.euractiv.es/3795\\_exteriores-desarrollo-defensa-y-derechos-humanos/3646653\\_bruselas-y-washington-escuchan-las-inquietudes-sectoriales-ante-el-ttip.html](http://euroefe.euractiv.es/3795_exteriores-desarrollo-defensa-y-derechos-humanos/3646653_bruselas-y-washington-escuchan-las-inquietudes-sectoriales-ante-el-ttip.html)

Bruselas y Washington escuchan las inquietudes sectoriales ante el TTIP

UE EEUU | 24 de Febrero de 2016

[Facebook](#)[Twitter](#)[Linkedin](#)[Menéame](#)



[Ampliar](#)

Miembros del grupo parlamentario europeo Los Verdes protestan contra el tratado de libre comercio entre la UE y Estados Unidos (TTIP) frente a la Eurocámara en Bruselas.  
EFE/Olivier Hoslet

Bruselas (EuroEFE).- El futuro Acuerdo de Inversiones y Comercio (TTIP) entre la Unión Europea (UE) y Estados Unidos genera inquietudes en varios sectores, que han transmitido esta preocupación a los negociadores de ambas partes.

Así, asociaciones tanto europeas como estadounidenses plantearon sus dudas respecto a la situación en que quedarán los productos agrícolas y los alimentos procesados con el TTIP.

Entre ellas, están, por ejemplo, el acceso a los mercados, los aspectos regulatorios y las indicaciones geográficas.

Este último punto afecta principalmente al sector lácteo europeo, según los expertos, debido a las indicaciones geográficas semigenéricas que usan los productores estadounidenses y que se considera que hacen referencia a una categoría de productos agrícolas y no solo a su origen.

Los europeos también están preocupados por el aumento de la competencia que puede conllevar el TTIP, cuando el sector agrícola sigue afectado por el impacto de la crisis, así como por el acceso a los mercados de Estados Unidos para la fruta y las verduras de la UE.

Según fuentes estadounidenses, las exportaciones agrícolas de EEUU hacia la UE llegaron en 2015 a los 13.000 millones de dólares, y las europeas a ese país fueron de 25.000 millones de dólares.

Se pretende que el TTIP, que se negocia desde hace tres años, esté concluido antes de que acabe este 2016 y ahora tiene lugar la duodécima ronda de contactos entre las delegaciones europea y estadounidense.

## **Agricultural and other sectors express concerns to negotiators about the future of TTIP**

[Summary translation by FPC] TTIP negotiators from the U.S. and EU heard today from various sectors, including agriculture. Concerns include market aspects, regulatory aspects, and geographical indicators.

<http://www.expansion.com/agencia/efe/2016/02/24/21690682.html>

Agricultura y otros sectores expresan a negociadores inquietudes futuro TTIP

24/02/2016

EFE

Elena Moreno

Bruselas, 24 feb (EFECOM).- Los negociadores de la Unión Europea (UE) y Estados Unidos han escuchado hoy de representantes de diferentes sectores, entre ellos el agrícola, las principales inquietudes que les suscita el futuro Acuerdo de Inversiones y Comercio (TTIP).

Las negociaciones entre europeos y estadounidenses, que encabezan Ignacio García-Bercero y Dan Mullaney, respectivamente, están en el ecuador de la duodécima ronda de contactos entre ambas partes, que hoy han dedicado la jornada a escuchar directamente lo que piensan los sectores de este ambicioso acuerdo que se negocia desde hace tres años y se busca pueda ser concluido antes de que acabe 2016.

Organizaciones y asociaciones de ambos lados del Atlántico plantearon cuestiones relacionadas con la situación en que quedarán los productos agrícolas y los alimentos procesados, incluyendo el acceso a los mercados, los aspectos regulatorios y las indicaciones geográficas una vez se concluya el TTIP.

"El principal escollo puramente político son las indicaciones geográficas" en el capítulo agrícola, señaló a Efe el secretario general del Comité Europeo de Empresas del Vino (CEEV), Ignacio Sánchez Recarte, que reúne a 26 asociaciones nacionales y 7.000 empresas de sector de vino en la UE.

Ese escollo afecta, según los expertos, principalmente al sector lácteo europeo, en especial por las denominadas indicaciones geográficas semigenéricas que utilizan los productores en Estados Unidos y que ellos consideran hacen referencia a una categoría de productos agrícolas y no solo a su origen.

"La definición de indicación geográfica es un conglomerado de factores en relación a la materia prima, al lugar en donde se elabora y a factores humanos, a saber cómo hacerlo", señaló Sánchez Recarte.

"Nosotros vemos el TTIP como una oportunidad", señaló por su parte Maike Moellers, la representante del USDEC, la organización que defiende a los productores del sector lácteo estadounidense y que es favorable a la plena liberalización del sector.

Moellers señaló durante una conferencia que "las indicaciones geográficas son también un asunto sensible para Estados Unidos, como lo son para la UE", al tiempo que defendió que quesos como "el parmesano, la feta o el asiago, se producen en todo el mundo, también en Estados Unidos".

Otro de los aspectos suscitados por los europeos fue el aumento de la competencia que puede suponer la entrada en vigor del TTIP para un sector que todavía está afectado por el impacto de la crisis económica y que en la UE, está mayoritariamente integrado por pymes y explotaciones familiares.

"En el sector del vino, somos eminentemente ofensivos: mientras nos abran las fronteras no tememos la competencia de los vinos estadounidenses", dijo a Efe Sánchez Recarte.

Agregó que el sector "no teme la importación de vinos estadounidenses. Lo que sí se quieren son mejores condiciones de comercialización en EEUU y condiciones más justas, que no haya discriminación en el trato que se da a una botella estadounidense que circula en el país y el que se le da a una española o europea".

Explicó que esa discriminación se refiere "a que el comercio electrónico (envío directo) se abre a los productores estadounidenses y se veta a los extranjeros", al tiempo que apuntó a que sus reclamaciones se refieren a "una comercialización que sea más fácil" y a que se agilicen algunos procedimientos burocráticos.

Las inquietudes sobre el acceso a los mercados de EEUU para la fruta y las verduras de la UE se expresaron por parte de la representante de la Asociación Europea de Comercio de Frutas y Verduras (Eucofel), Iria Campos Álvarez, que reúne a productores y exportadores de Francia, Alemania, España, Grecia, Italia y Portugal.

Campos Álvarez se refirió a que entre esos desafíos están las barreras no tarifarias, como son las medidas fitosanitarias y el proceso de aprobación para las importaciones, al tiempo que señaló que las tarifas aduaneras "no son la principal barrera para que las frutas y verduras europeas puedan acceder al mercado de EEUU, pero sí podría mejorarse".

Añadió que "la eliminación de las tarifas a la importación podrían ser beneficiosas si se acompañan de la suspensión de medidas no tarifarias, en particular las medidas fitosanitarias", ya que hacen que el procedimiento sea largo, costoso y cree incertidumbres.

Las exportaciones agrícolas de EEUU hacia la UE llegaron en 2015 hasta 13.000 millones de dólares, mientras que las europeas hacia ese país fueron de 25.000 millones de dólares, según fuentes estadounidenses.

Para el embajador de EEUU ante la UE, Anthony Luzzato Gardner, ese déficit comercial de su país respecto al comercio agrícola "indica que hay un problema con el acceso de los productos agrícolas estadounidenses en los mercados europeos", al tiempo que señaló que el Congreso de su país no dará la aprobación "a un tratado TTIP que no aborde esa disparidad".

## **Members of the European Parliament fear that the U.S. election campaign could delay TTIP negotiations**

[Summary translation by FPC] Members of the European Parliament (MEP) expressed skepticism that TTIP negotiations can be completed this year, given the U.S. presidential campaign and subsequent change in government. Swedish conservative MEP Christofer Fjellner (EPP) noted that "negotiations on the TTIP are highly controversial, like everything containing the words United States," while indicating that "the EPP likes TTIP. We support the TTIP." he said. "The challenge is to achieve anything substantial in a reasonable period of time." "We believe we can reach an agreement before the end of the term of President Obama. We have until January 20, 2017," said the US ambassador to the EU, Anthony Luzzatto Gardner, who stressed that "the election campaign does not affect our will to move forward in these negotiations."

<http://www.expansion.com/agencia/efe/2016/02/25/21695495.html>

Eurodiputados temen campaña electoral de EEUU retrase negociaciones TTIP  
25/02/2016  
EFE

Elena Moreno

Bruselas, 25 feb (EFECOM).- Eurodiputados de diferentes formaciones expresaron hoy escepticismo respecto a que las negociaciones entre la Unión Europea (UE) y Estados Unidos sobre un acuerdo de inversiones y libre comercio (TTIP) se retrasen más allá de finales de este año, debido a la campaña electoral estadounidense y el posterior cambio de gobierno en ese país.

Los negociadores de ambas partes "han pasado más de dos años examinando sus diferentes posiciones y ahora estamos en la mitad del partido, intentando lograr un compromiso en medio de la campaña electoral" estadounidense, dijo hoy el presidente del comité de Comercio Internacional del Parlamento Europeo (PE), el socialista alemán Bern Lange (S&D).

La UE y EEUU esperan concluir sus conversaciones para lograr un ambicioso acuerdo de inversiones y libre comercio (TTIP, por sus siglas en inglés), para finales de este año, coincidiendo con el término del segundo mandato del presidente estadounidense, Barack Obama.

Fuentes estadounidenses y europeas coinciden en que conseguir un acuerdo en ese plazo "es factible", aunque subrayan que las negociaciones para lograr un acuerdo equilibrado y amplio que satisfaga a ambos socios es complejo.

Ambas partes celebran esta semana en Bruselas su duodécima ronda de negociaciones centradas en la protección de las inversiones o la agricultura, así como

la cooperación en el ámbito regulatorio en nueve sectores industriales: químicos, cosméticos, ingeniería, dispositivos médicos, pesticidas, tecnología de la información y la comunicación, farmacéuticos, textiles y vehículos.

"No hay por el momento ningún acuerdo", señaló Lange, además de destacar respecto a ese plazo de fines de 2016 que "en ocasiones los objetivos y la realidad no coinciden".

El europarlamentario socialista alemán subrayó que "la postura oficial es acabar a finales de 2016, al tiempo que Obama termina el mandato, pero no sé si es un escenario realista".

"Si no conseguimos un acuerdo con Obama (en la Casa Blanca), no estoy muy seguro de lo que pasará después", agregó Lange, que recordó que el aspirante a candidato republicano en las presidenciales de EEUU, Donald Trump, "ya ha dicho que no es amigo del TTIP".

La eurodiputada liberal holandesa Marietje Schaake (ALDE) se refirió a que "tres años después de haber empezado estas negociaciones, estamos en medio de una campaña electoral con muchos asuntos complejos aún por resolver".

El europarlamentario conservador sueco Christofer Fjellner (PPE) señaló que "las negociaciones sobre el TTIP son muy controvertidas, al igual que todo lo que contenga las palabras Estados Unidos", al tiempo que indicó que "al PPE le gusta el TTIP. Apoyamos el TTIP. Dicho eso, el reto es lograr algo sustancial en un periodo de tiempo razonable".

"Creemos que se puede lograr un acuerdo antes de que finalice el mandato del presidente Obama. Tenemos hasta el 20 de enero de 2017", ha señalado con anterioridad el embajador de EEUU ante la UE, Anthony Luzzato Gardner, quien ha subrayado que "la campaña electoral no afecta a nuestra voluntad de avanzar" en estas negociaciones.

Los negociadores esperan mantener después de esta ronda negociadora otras dos más, con la intención de llegar a julio próximo con los mayores avances posibles sobre el conjunto de capítulos que incluirá el TTIP, ya que a partir de ese mes se produce el receso estival en el Congreso estadounidense y en los demás parlamentos.

El Parlamento Europeo, al igual que lo hará el Congreso estadounidense, deberá pronunciarse una vez la Comisión Europea (UE) -que ha recibido el mandato de los líderes europeos para negociar en su nombre- haya concluido las conversaciones con EEUU.

En ambos casos, europarlamentarios y congresistas, deberán votar a favor o en contra de lo negociado por ambas partes, sin que puedan presentar enmiendas al eventual acuerdo que se alcance.

Las conversaciones entre ambas partes, que están dirigidas por la Comisión por parte comunitaria y por el Representante Especial de Comercio por la estadounidense, incluyen numerosos aspectos que van desde la protección de las inversiones al acceso a los mercados, la agricultura, las adquisiciones públicas, las líneas tarifarias, los servicios, la protección a las pequeñas y medianas empresas transatlánticas o el desarrollo sostenible, entre otros.

Las conversaciones de la ronda actual finalizan mañana, en que los jefes negociadores europeo, Ignacio García-Bercero y el estadounidense, Dan Mullaney, explicarán los logros alcanzados en conferencia de prensa.

## The U.S. and EU are committed to completing the “ambitious” TTIP agreement in 2016

[Summary translation by FPC] At the conclusion of the 12<sup>th</sup> round of talks, the U.S. and EU affirmed their commitment to completing negotiations by the end of 2016. "We are prepared to conclude an agreement later this year. We want to negotiate an ambitious, high standards agreement that responds to both European interests as Americans," said chief European negotiator Ignacio Garcia-Bercero. The chief U.S. negotiator, Dan Mullaney, said "progress has been made this week. Now there are texts proposed in most areas."

[http://euroefe.euractiv.es/5875\\_comercio/3652549\\_la-ue-y-eeuu-se-comprometen-a-cerrar-un-ambicioso-acuerdo-sobre-el-ttip-en-2016.html](http://euroefe.euractiv.es/5875_comercio/3652549_la-ue-y-eeuu-se-comprometen-a-cerrar-un-ambicioso-acuerdo-sobre-el-ttip-en-2016.html)

La UE y EEUU se comprometen a cerrar un "ambicioso" acuerdo sobre el TTIP en 2016



[Ampliar](#)

El negociador jefe europeo del acuerdo de libre comercio e inversiones (TTIP), Ignacio García-Bercero (i), saluda a su homólogo estadounidense, Dan Mullaney (d), durante la rueda de prensa del cierre de la duodécima ronda de negociaciones para alcanzar el acuerdo TTIP, en Bruselas, Bélgica, este 26 de febrero de 2016. EFE/Olivier Hoslet

Bruselas (EuroEFE).- La Unión Europea (UE) y Estados Unidos confirmaron este viernes, al término de su duodécima ronda de conversaciones, su compromiso de cerrar las negociaciones para un acuerdo de libre comercio e inversiones (TTIP) para finales de 2016.

"Estamos preparados para concluir un acuerdo a finales de este año. Queremos negociar un ambicioso acuerdo, con altos estándares, que responda tanto a los intereses europeos como estadounidenses", señaló el negociador jefe europeo, Ignacio García-Bercero.

El jefe negociador estadounidense, Dan Mullaney, dijo que "se han hecho progresos esta semana. Ahora ya hay textos propuestos en la mayoría de las áreas", al tiempo que ambos indicaban que la próxima semana intercambiarán sus ofertas sobre adquisiciones públicas.

Mullaney subrayó que "si conseguimos mantener el nivel de compromiso actual, terminaremos las negociaciones en 2016".

Bruselas y Washington quieren cerrar las negociaciones sobre el TTIP para finales de este año, coincidiendo con el término del segundo y último mandato del presidente estadounidense, Barack Obama, por lo que ambas partes han acordado acelerar e intensificar las conversaciones.

Los negociadores subrayaron también su intención de mantener otras dos nuevas rondas tratativas, una en abril, y otra en julio próximo, fecha en que pretenden "tener todos los textos consolidados", de asuntos muy complejos y técnicos.

Para esa fecha, insistió Mullaney, "esperamos que todos los textos consolidados de la mayoría de las áreas estén preparados, de cara a dejar el menor número de temas posibles, aunque sí sean los más sensibles, para los últimos meses del año".

A estudio un sistema jurídico de inversiones

Durante toda la semana los equipos se han centrado en asuntos como la protección a las inversiones, un capítulo en el que por primera vez se ha abordado la inclusión en el futuro pacto de un "sistema jurídico de inversiones" o ICS, como propone la UE.

Ese sistema contempla la creación de un "tribunal de primera instancia" y otro "de apelación", pero en su planteamiento inicial ha suscitado numerosas críticas por parte de organizaciones de consumidores y asociaciones civiles.

La propuesta europea sustituye a una anterior que incluía la puesta en marcha de un sistema de árbitros elegidos por las partes en disputa, para sustituir al instrumento clásico de resolución de disputas Estado-inversor (ISDS, por sus siglas en inglés).

Además de las inversiones, europeos y estadounidenses han abordado la cooperación reguladora en nueve sectores industriales: químicos, cosméticos, ingeniería,

dispositivos médicos, pesticidas, tecnología de la información y la comunicación, farmacéuticos, textiles y vehículos.

Respecto a esos sectores, el negociador europeo indicó que "se ha identificado un alto grado de convergencia, aunque en unos más que en otros. Todavía hace falta mucho trabajo técnico, pero hay voluntad de que haya un reconocimiento mutuo".

García-Bercero adelantó que "pronto publicaremos la propuesta sobre cooperación reguladora que hemos debatido en esta ronda", sobre la que explicó que se abordaron cuestiones como evitar la duplicación de los estándares o especificaciones técnicas para productos o servicios, entre otros, cuyo cumplimiento es voluntario.

Asimismo indicó que ambas partes coinciden en que "encontrar las maneras de cooperar cuando nuestros estándares difieran demasiado en busca de soluciones comunes".

También coincidieron en que los estándares de las dos partes "son los más altos del mundo y queremos mantenerlos, sea para los vehículos, los productos farmacéuticos o los instrumentos médicos".

Uno de los acuerdos de libre comercio más ambiciosos nunca negociados A ese respecto Mullaney subrayó que con el futuro TTIP "se puede aumentar la cooperación transatlántica y también la que tenemos con el resto del mundo... Este es uno de los acuerdos de libre comercio más ambiciosos nunca negociados".

Los negociadores se refirieron también a las numerosas críticas que sus conversaciones para un acuerdo de libre comercio han recibido de organizaciones no gubernamentales y asociaciones civiles, que han apuntado a una falta de transparencia por parte de los dos socios y a una escasa defensa de los intereses ciudadanos.

García-Bercero y Mullaney coincidieron en que seguirán hablando con todos, incluso con los que se oponen parcial o totalmente al TTIP, como ocurrió con Greenpeace, cuyos activistas bloquearon durante algunas horas el inicio de la ronda.

"De nuevo los negociadores se han centrado en proporcionar nuevos privilegios para las grandes empresas, a expensas de la gente y del medioambiente", opinó la responsable de comercio de esa organización, Susan Cohen, en un comunicado.

La activista criticó la propuesta comunitaria de crear ese sistema jurídico de inversiones porque, a su juicio, es "un descarado desprecio por la democracia y el interés público", al tiempo que consideró que "la oposición a este acuerdo comercial está aumentando". La UE y Estados Unidos consideran que alcanzar este nuevo acuerdo de libre comercio bilateral reforzará aún más sus ya estrechas relaciones económicas, contribuirá a aumentar su crecimiento económico, a rebajar los precios y a la creación de puestos de trabajo, entre otros.

## **Some U.S. farmers expect, but do not fear, greater competition with the EU after TTIP**

[Summary translation by FPC] C.J. Isbell, a young owner of an organic farm and livestock in Virginia, looks forward to increased competition with European farmers who will represent free trade and investment (TTIP) that the EU and the U.S. are negotiating. "I have no fear of competition with European agriculture. I'm excited about it," says Charles Isbell, 30, owner of Keenbell Farm, near the town of Rockville, about 180 km south of Washington DC. In his opinion, "Agriculture as it exists now is not sustainable in the long term", while noting that the principles of this family business for three generations "are to be responsible, sustainable, and focused on quality." Labeling is also one of the points of contention between Europeans and Americans in this trade negotiation. "Without the liberalization of agriculture, the U.S. Congress will not give its approval to the TTIP," said Robert Spitzer, Commerce Department adviser and member of the U.S. negotiating team.

[http://euroefe.euractiv.es/5875\\_comercio/3660828\\_algunos-agricultores-de-eeuu-esperan-sin-miedo-mayor-competencia-del-ttip-con-la-ue.html](http://euroefe.euractiv.es/5875_comercio/3660828_algunos-agricultores-de-eeuu-esperan-sin-miedo-mayor-competencia-del-ttip-con-la-ue.html)

Algunos agricultores de EEUU esperan sin miedo mayor competencia del TTIP con la UE

TTIP | 02 de Marzo de 2016

[Facebook](#)[Twitter](#)[Linkedin](#)[Menéame](#)



[Ampliar](#)

Explotación agrícola propiedad de C.J. Isbell, un joven que espera con entusiasmo la mayor competencia con los agricultores europeos que supondrá el futuro tratado de libre comercio e inversiones (TTIP) que la UE y EEUU negocian. EFE/Elena Moreno

Rockville (Virginia, EEUU) (EuroEFE).- C.J. Isbell, un joven propietario de una explotación agrícola y ganadera orgánica de Virginia, espera con entusiasmo la mayor competencia con los agricultores europeos que supondrá el futuro tratado de libre comercio e inversiones (TTIP) que la UE y EEUU negocian.

"No tengo miedo a la competición con la agricultura europea. Estoy entusiasmado con que la haya", asegura Charles Isbell, de 30 años, y propietario de una explotación agrícola y ganadera orgánica, Keenbell Farm, cercana a la localidad de Rockville, a unos 180 kilómetros al sur de Washington DC.

El incremento de la competencia en la agricultura a ambos lados del Atlántico es uno de los argumentos que pesan en el sector respecto al futuro TTIP, un ambicioso acuerdo que Estados Unidos y la Unión Europea (UE) quieren cerrar antes de que acabe el año para impulsar el crecimiento de sus economías y la creación de empleo.

Las exportaciones agrícolas de EEUU hacia la UE llegaron en 2015 hasta 13.000 millones de dólares, mientras que las europeas hacia ese país fueron de 25.000 millones de dólares, según fuentes estadounidenses.

Para ambas partes, que subrayan tener una relación estratégica sustentada en valores comunes y que va más allá de los lazos económicos, las negociaciones sobre agricultura son un asunto sensible.

Lo son en especial por los productos agrícolas, la seguridad de los alimentos y la presencia de los Organismos Genéticamente Modificados (OGM), el acceso a los mercados, los aspectos regulatorios y las indicaciones geográficas.

Para Charles "C.J" Isbell, que en su explotación de 80 hectáreas produce los granos y cereales orgánicos con que alimenta a vacas, cerdos y gallinas, su manera de producir es una manera de volver a los orígenes de su granja familiar en 1950 cuando su abuelo la gestionaba.

"Producimos granos como soja, maíz, trigo o centeno sin OGM, y de ellos luego se alimentan los animales", señaló Isbell, que subrayó que en su explotación "no se utilizan hormonas, esteroides, antibióticos ni transgénicos".

En esta granja, rodeada de otras que emplean la agricultura convencional, se presta especial atención a evitar que sus cultivos orgánicos se vean contaminados por los de sus vecinos, añadió.

"No plantamos, por ejemplo, maíz cerca de las plantaciones convencionales a menos de 8 kilómetros", dijo Isbell, al tiempo que afirmó que la agricultura orgánica "no es un concepto nuevo, es el futuro de la agricultura y la vuelta a lo que se hacia hace 60 años".

En su opinión "la agricultura tal como existe ahora no es sostenible en el largo plazo", a la vez que señaló que los principios de esta empresa familiar por tres generaciones "es ser responsables, sostenibles y centrados en la calidad. No vemos nuestros productos como una materia prima".

El etiquetado es igualmente uno de los puntos en que chocan las posiciones entre europeos y estadounidenses en esta negociación comercial.

Mientras la UE permite a sus veintiocho socios restringir o prohibir los cultivos que contengan OGM o transgénicos en sus propios territorios, la legislación estadounidense federal no contempla esa posibilidad aunque sí lo hacen algunos estados, preocupados como los europeos en el impacto sobre la salud.

Los transgénicos son comunes en la agricultura estadounidense, en especial en los cultivos de soja y de maíz, y según datos de la organización estadounidense Centro para la Seguridad Alimentaria (CFS) derivados de esos organismos están presentes en el 60 a 70% de los alimentos procesados.

Esta organización, favorable a que en EEUU haya etiquetado de los alimentos que contengan transgénicos, es crítica con una ley que sobre ese asunto se tramita en el Congreso con apoyo de demócratas y republicanos.

Esa ley, que se conoce en el sector como "Dark act (ley oscura)", si se aprueba evitará que los estados adopten legislación sobre el etiquetado, como ya han hecho los de Vermont, Maine y Connecticut, mientras que otros 30 preparan proyectos similares.

Algunos legisladores avalan su posición con el argumento de que el etiquetado de los alimentos con OGM supondrá un potencial aumento de los costes para los consumidores, lo que niega el CFS.

La posición oficial estadounidense, que insisten en que el acuerdo final con la UE tiene que incluir una verdadera liberalización del comercio en todos los sectores, es que el etiquetado de los transgénicos debe "hacerse sobre bases científicas", lo que representa un elemento de confrontación en las negociaciones del TTIP.

"Sin la liberalización de la agricultura, el Congreso de Estados Unidos no dará su aprobación al TTIP", ha señalado al respecto el asesor del Departamento de Comercio e integrante del equipo negociador de este país, Robert Spitzer.

## New Orleans looks to EU and TTIP to rebuild fortunes

<http://www.euractiv.com/section/trade-society/news/new-orleans-looks-to-eu-and-ttip-to-rebuild-fortunes/>

By [EurActiv.com with EFE](#) | Translated By [Samuel Morgan](#)

Mar 9, 2016 (updated: Mar 10, 2016)



New Orleans and its business owners are looking to EU investment and TTIP to continue its recovery from Hurricane Katrina.

[\[NOAA/Flickr\]](#)

**A decade after Hurricane Katrina devastated much of New Orleans, the American city is still in the process of rebuilding and is now setting its sights on foreign trade and foreign investment, especially when it comes to the European Union and TTIP.**

“After Katrina, we have had to reinvent ourselves. (The disaster) created a lot of business opportunities in a city where it was difficult to find work,” said city tourism official Kim Priez.

Currently, there are more than 70 European companies that have set up shop in the Southern Louisiana city, in sectors such as chemicals, petrochemicals and engineering. Regarded as the “worst natural disaster in US history” by the Federal Emergency Management Agency (FEMA), Katrina caused 1,833 deaths and displaced nearly a million people through property damage.

Reconstruction of the city, whose greater area includes 1.3 million people, has been facilitated by \$1.31 billion from Washington. However, more than 100,000 people have decided not to return to rebuild their homes due to lack of financial means.

Built on the banks of Lake Pontchartrain and the Mississippi river, New Orleans was flooded in 2005, after the waterway's levees failed as a result of Katrina making landfall. According to the US Bureau of Labour Statistics, the city has recovered more than 80% of its private jobs since 2011, with 64% companies created per capita more than the national average.

"Many Europeans have invested in New Orleans, especially the United Kingdom, France and Germany, especially in the energy sector," said the Executive Director of the city's World Trade Centre, Dominik Knoll.

In recent years, the region has diversified its economy and created jobs in biosciences, digital media, the environmental sector, energy, international trade, advanced manufacturing and tourism.

"We are in favour of free trade. We see the consumer benefits of agreements like TPP (Trans-Pacific Partnership), market access with Colombia and TTIP," said Kristi App, vice-president of business development at international transport company, J.W.Allen. She added that studies show that "within five years, trade with countries with which the US has free trade agreements will double", noting also that TTIP's planned elimination of non-tariff barriers and access to European markets will be a huge boon to trade.

"We are focusing on promoting the products we already have. The EU market is very difficult for us to access, especially on account of non-tariff barriers," said the president of trade policy at the city's World Trade Centre, Edward Hayes.

He added that the eventual conclusion of the agreement between Washington and Brussels is expected to increase US exports of processed food, including seafood, a sector in which the Gulf of Mexico is highly invested.

Seafood producer Cholin Delaune, owner of Tommy's, a processing plant for shrimp, oyster and crab, said that TTIP would "allow me to put my products on the European market". He also claimed that many US companies want to raise health standards and certification to EU levels.

"We are very interested in labelling and traceability, because it will be of benefit to our companies," Delaune added, who also highlighted his opposition to GMOs, which are banned in the EU and are one of the sticking points in the ongoing FTA negotiations.

The seafood producer said that "we don't want adulterated products. We see transgenic products in a negative light and we don't want to be associated with them, we are interested in quality."

The US produces 10% of the shrimp that it consumes, as a result of tariffs being eliminated 20 years ago. It imports the majority of the foodstuff from India, Thailand, Malaysia, Vietnam, Ecuador and Mexico.

## **United Kingdom – Gary McDonald**

<http://www.irishnews.com/business/2016/02/25/news/ttip-would-benefit-small-firms-across-northern-ireland-eu-officials-claim-429339/>

**TTIP would benefit small firms across Northern Ireland, EU officials claim**



US lead negotiator Dan Mullaney, left and his EU opposite number Ignacio Garcia-Bercero will brief press tomorrow following the latest round of TTIP talks

**Gary McDonald, Business Editor in Brussels**

25 February, 2016 01:00

SMALL businesses in Northern Ireland are “certain” to enjoy some economic benefits if negotiators can finally get the world’s largest free trade agreement over the line by the end of this year, officials in Brussels hinted yesterday.

A 12th round of high-level Europe-America trade talks are taking place in the Belgium capital all this week, aimed at paving the way for the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) to be formally set into law.

No deadline on completion of the controversy-shrouded treaty, which will impact on 320 million people in the US and 500m in Europe, has been declared.

But officials on both sides of the Atlantic are tentatively suggesting at a done-deal before the next US President is sworn in on January 20 2017.

Even though the American election campaign has no direct impact on both parties' willingness to conclude the deal, any new administration would take time to set its own priorities, meaning that significant time – possibly up to a year – would be lost.

Analysts have suggested TTIP – which would affect a number of areas including banking regulations, food standards and environmental laws – will be worth around £10 billion a year to the UK economy, or £400 per family, and will revive the entire European economy.

One senior EU official told the Irish News yesterday that, in the medium term, the strength of export and trade opportunities will have an impact on the GDP of the European member states.

"If companies, even SMEs, are doing any sort of trade with the US, there will be a positive knock-on effect and added value," he said.

"One of the criticisms of the agreement, which we believe will improve market access and regulatory cooperation, is that only the massive exporters will benefit.

"Yes, they'll enjoy the front end of the benefits, but there'll certainly be knock-on positives down the chain, even for the smaller and more modest suppliers."

The issue of a possible UK exit from Europe – and how that would impact on any TTIP agreement – seems certain to be addressed in Brussels tomorrow.

That's when US lead negotiator Dan Mullaney and his EU opposite number Ignacio Garcia-Bercero speak at a press conference following this latest round of talks.

But in what will be viewed as a significant blow to Brexit campaigners, the US has seemingly already ruled out a separate trade deal with UK if it leaves the European Union.

Senior US trade officials have said that America is "not in the market" for a free trade deal with Britain alone, and warned British firms – which sold more than £35bn in goods to the US last year – could face crippling Chinese-style tariffs outside the EU.

Yesterday in Brussels, negotiators heard from, and then debriefed, a range of more than 200 stakeholders from both the US and EU, who had the opportunity to explain their views on TTIP related-issues.

The stakeholders' presentations were across a range of issues related to agriculture, public procurement, IP rights, customs facilitation and technical barriers to trade, and included a session on rules for SMEs.

<http://www.irishnews.com/business/2016/02/26/news/why-apples-eels-and-earlies-may-prove-a-euro-stumbling-block-431077/>

## Why apples, eels and earlies may prove a euro stumbling block



Armagh Bramley apples enjoy geographical indication status

**Gary McDonald, Business Editor in Brussels**

26 February, 2016 01:00

THEY haven't been on any menus in the Belgian capital this week, but Comber earlies, Armagh Bramley apples and Lough Neagh eels will at least have been on the lips of delegates as negotiations crank up on the world's biggest-ever free trade agreement.

Those staples of the north's agri-food sector are among around 1,500 European products which enjoy what is known as 'geographical indication' (GI) status.

The mark stamps certain products as possessing certain unique qualities or enjoying a particular reputation due to its place of origin.

And as negotiations on the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) reach what officials in Brussels are calling the 'middle game', the issue of GIs is emerging as one of a number of stumbling blocks.

Negotiators on the European side are demanding that the US should recognise and protect the EU's list of agricultural and foodstuff GIs.

These are worth €55 billion a year and make up around 6 per cent of the entire EU food and drink industry.

But the US does recognise and protect geographical indications, instead using a trademark regime, and the differences are so extreme, that a compromise position is still some distance off.

The official line from the current round of talks remains that the controversy-shrouded treaty should be signed off before the next US President is sworn in next January.

However, an increasing number of politicians in Europe are voicing real fears that TTIP could fall into oblivion or at least be scaled down.

"I'm worried we've not come far enough and I don't believe we'll now be able to do a deal in the anticipated time scale," Swedish Christian Democrat MEP Christopher Fjellner said yesterday.

"After the US election, there'll be eight to ten months of nothing, and the momentum gained to now will be lost."

German MEP Berndt Lange went further, telling journalists at a European Parliament briefing: "I'm not sure January is a realistic scenario.

"I've no idea who'll win the US election, but if we can't get it done under the Obama regime, we have to realise that Donald Trump is not a friend of TTIP."

The TTIP deal – which it is claimed will be worth around £10bn a year to the UK economy (that's £400 per family) – has been negotiated largely under the radar until now.

Only the national parliaments in Germany, Luxembourg and Austria (the deal's most vehement critic) have had an informed debate on the issue.

Indeed TTIP has drawn largely negative press coverage so far, and officials in both the US and EU camps admit they've under-estimated the media impact of the negotiations. Journalists from a dozen European regions are being given an inside track on TTIP this week in Brussels, and next week they'll be travelling to Washington and New Orleans.

One source told the Irish News: "This is on a completely different scale than on any other trade agreement we've ever dealt with before, so we're forced to communicate more and better about how the process is working."

<http://www.irishnews.com/business/2016/02/27/news/cheaper-cars---but-ttip-dream-labelled-a-nightmare-432629/>

### Cheaper cars - but TTIP dream labelled a nightmare



The cost of a new car could come down if TTIP is agreed

**Gary McDonald, Business Editor and Brussels**

27 February, 2016 01:00

IRELAND and Britain would both benefit most from a successful conclusion to the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), figures released in Brussels yesterday predicted.

Despite a conclusion to the world's biggest free trade deal seemingly still some way off, despite an acceleration of negotiations this week, a World Trade Institute (WTI) study revealed that the lower barriers to trading between the US and the EU which TTIP will bring will impact positively on most European states.

It said estimated export increases in the Republic and the UK alone would be 19 per cent and 17 per cent respectively, while income level increases would be up 1.3 per cent and 0.4 per cent respectively.

But it comes amid growing suspicion that not all small businesses will enjoy the fruits of a TTIP deal which is already nearly three years in the making.

For despite EU and US bureaucrats insisting there will be an uplift for all, a body representing 12 million SMEs in 24 European countries, including the Republic, has disputed that claim.

And social justice campaign group War on Want has gone as far as to call TTIP "a nightmare".

The WTI assessment said that under TTIP Ireland, which currently exports 44 per cent of its non-EU related goods to the US, would enjoy a significant increase in the production and export of insurance services (up 4.4 per cent, or €651m) and chemicals (up 2.6 per cent or €8.2 billion)

For Irish companies the price for transport equipment would decrease by 2.1 per cent – and consumers would pay 1.1 per cent less for a car because of TTIP.

In the UK financial services, according to the WTI report, would rise by 1.3 per cent and the most significant export expansions would come in motor vehicles (up €5.2bn) and chemicals/pharmaceuticals (up €3.2bn).

The average price of a car in the UK would also come down by 1.3 per cent. Yet how SMEs will fare under a TTIP remains a matter of major division.

War on Want, in the new report called 'Rough Trade: The threat of TTIP to small businesses in the UK', claims that "unfair competition" will result in the loss of at least 680,000 jobs across Europe.

Report author and charity campaigner Mark Dearn said: "TTIP offers small businesses nothing, but thousands could fold if US firms are allowed into our markets without having to abide by EU rules.

"TTIP is a bonanza for big business, but a nightmare for everyone else. The UK government needs to come clean about the damage it will do to ordinary people struggling to make a living."

<http://www.irishnews.com/business/2016/03/01/news/some-progress-made-on-ttip-but-roadblocks-remain-434832/>

### Some progress made on TTIP but roadblocks remain



A team of European financial journalists have travelled from Brussels to Washington DC to hear about progress on TTIP

#### Gary McDonald, Business Editor, in Washington DC

01 March, 2016 01:00

SENIOR European and American sources are privately claiming a “narrow victory on points” and “some concessions” after the 12th round of formal negotiations into the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) wound up in Brussels at the weekend with an agreement still some way off.

Many roadblocks remain to the deal, which will impact on 800 million consumers and aims to harmonise regulatory standards, remove often prohibitive tariffs on thousands of items and assist even the smallest companies do more business with their transatlantic neighbours.

But its critics contend that the behemoth trade deal would weaken environmental and consumer standards and, most controversially in this latest phase, places too much power in the hands of companies to legally challenge governments.

The Investor State Dispute Settlement (ISDS) is a legal mechanism which allows foreign corporations to sue governments before special tribunals if they feel their investments are “endangered” by government decisions.

Just last week one of the UK’s leading QCs Michael Bowsher, a former chair of the Bar Council’s EU law committee, claimed the special TTIP trade court would make it easier for private companies providing services to the NHS in the UK to sue the government.

And he claimed a deal poses “a real and serious risk” to future UK government decision-making regarding the NHS, and has joined other opponents in calling for the ISDS element of TTIP to be jettisoned.

However, those negotiating the current deal insist there won’t be a dumbed-down or ‘TTIP Light’ – that’s it all or nothing.

One US source even warned: “If we don’t work together and do this deal, China is gonna come in.”

Global trade deals, especially one of TTIP’s magnitude, aren’t normally played out on the public stage.

But despite the negotiations being conducted behind closed doors at a pace slower than the erosion of the UK coastline, details of each round are subsequently published online.

And at each stage interested stakeholder groups can give an input and publicly challenge the most recent text (two more TTIP rounds are scheduled to take place before the summer).

Given that 28 EU states are offering an opinion, the public profile of TTIP has been cranked up significantly on the European side in recent months, but not so much in the US.

This week a team of European financial journalists are in Washington and will later travel to New Orleans in Louisiana as guests of the Americans, who appear frustrated at the slow progress on TTIP.

There they’ll have a series of meetings with the US Department of Commerce focusing on European business investment in the US and a round-table with the US Department of State looking at US-European relations.

Today the journalists are due to meet US trade representative Ambassador Michael Froman, President Obama's principal adviser, negotiator and spokesman on international trade and investment issues.

The TTIP media programme also takes in number of site visits, including to a farm in Western Hanover County in Virginia which specialises in grass-fed beef, pasture-raised pork, free-range chicken, turkey and eggs, and speciality non-GMO grains for foodstuff.

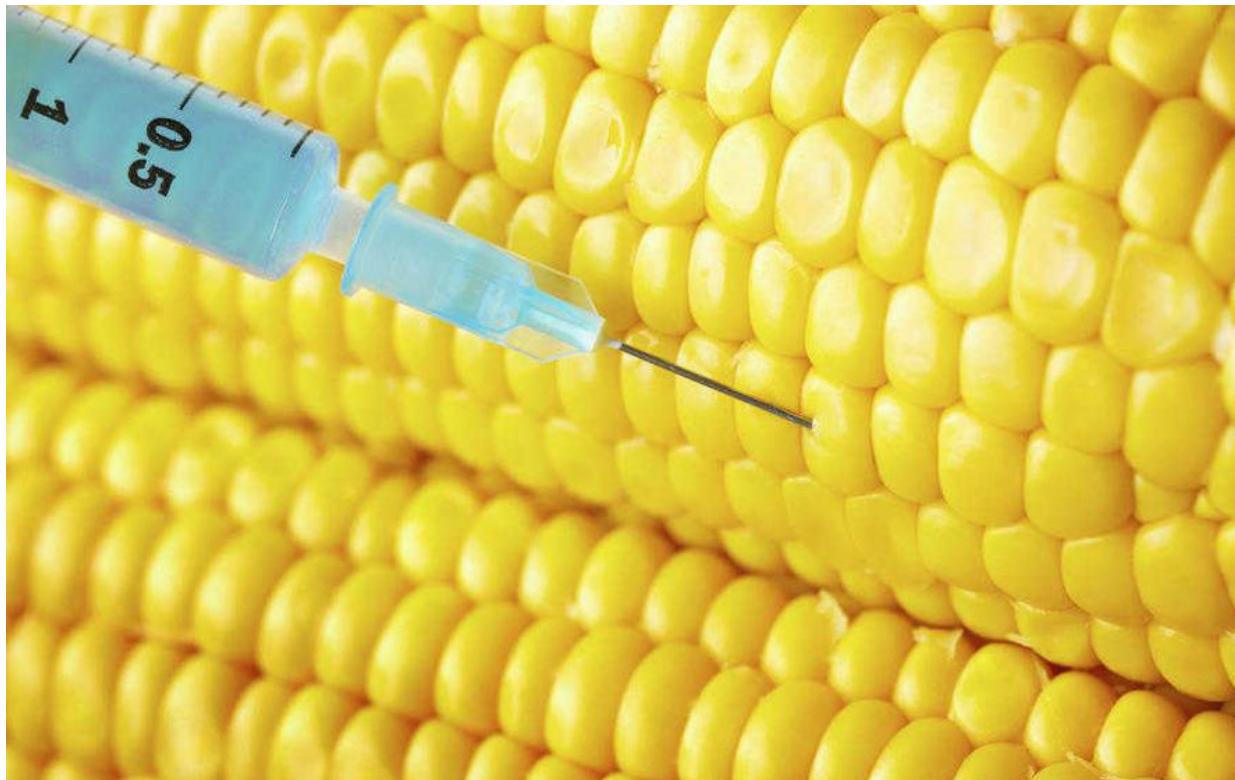
As part of the TTIP talks the Americans are seeking a significant increase in their agricultural exports to the EU, which make up less than €13 billion of the €155bn the country sends overseas each year and which are at only a third of the level they were in 1980.

European is digging in its heels over fears around genetically-modified food, while the US insists it's hard to see Congress approving a TTIP agreement that doesn't address this disparity.

That's just another example of how far apart the sides are on reaching a final conclusion to the trade deal, and realistically it's unlikely to go before legislators until well into 2017.

<http://www.irishnews.com/business/2016/03/02/news/united-states-and-europe-disagree-on-gm-crops-435897/>

### United States and Europe disagree on GM crops



GM crops are popular in the United States

**Gary McDonald, Business Editor, in Washington DC**  
02 March, 2016 01:00



*American ambassador Michael Froman updated EU media on TTIP progress at the US State Department*

COMING soon to a plate near you – a large dollop of genetically modified organisms.

Well, not if the EU can help it.

America, where GMOs have been in the human supply chain for more than two decades, want their currently banned crops to be imported into Europe.

They insist Europeans are not aligned to the science which proves there is absolutely no risk to consuming genetically-modified food.

But that single emotive issue could potentially bring down the €4 trillion (£3.1 trillion) Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP).

Europe, though, is standing firm on this hugely controversial chapter of the free trade deal, and that in turn may scupper the stated ambition of both camps to have a sign-off on TTIP by the end of this year.

Yesterday, parties to the trade deal said they are “not remotely interested in forcing anybody to eat anything”, but argued that decisions about what is safe should be made by scientists not politicians.

They believe US crops should be allowed into the EU based on favourable findings on GMO usage from the powerful European Food Safety Authority.

Critics, however, claim allowing genetically-modified crops and chemically washed beef into European markets will undermine food safety, environmental standards and job security.

Some 19 EU countries have already opted out of growing GMOs within any part of their territories (including Ireland and the UK apart from England).

Belgium is applying the opt-out rule for only part of its territory while Germany wants to pursue more GMO research.

US policy chiefs, who are hosting a series of meetings with European journalists in Washington this week, insist there is too much mis-information on the GMO issue. All 28 EU nations already require GMO labelling on products using substances already authorised to be grown within the Union, and the Americans say as long as the labels are fact-based, this will reflect an accurate assessment of any perceived risk.

Scientists have argued that the problem with GMOs isn't necessarily the technology, but the fact that they haven't lived up to their hype, and that genetically modified crops have not fully delivered on promises to drastically reduce world hunger or significantly cut down on the need for pesticides.

Meanwhile the EU media grouping, including the Irish News, were formally updated on TTIP progress at the US State Department by President Obama's right-hand man Ambassador Michael Froman.

The US trade representative – who has a meeting tomorrow with European Commission Vice-President Jyrki Katainen in Washington – said he was “pleased” at the work completed in Brussels last week and the continuing momentum.

“While we already have a very deep and broad economic arrangement with the EU, our view is that we can always do better.

“With TTIP, we want to see two highly industrialised and highly regulated economies come together to set new global standards, make it more efficient to trade back and forth, enhance our collective competitiveness and bring more benefit to consumers.”

He added: “Our view remains that we can get over the line this year with an accelerated progress, and President Obama is giving the negotiations his full support in these crucial final stages.”

It emerged that the president is likely to attend the Hannover Messe research and technology fair in April, when he is expected to engage with politicians not just in Germany, but from other EU regions including the UK and Ireland.

<http://www.irishnews.com/business/2016/03/05/news/belfast-has-more-in-common-with-new-orleans-that-you-may-think-439638/>

### Belfast has more in common with New Orleans than you may think



The picturesque French quarter in New Orleans

**Gary McDonald, Business Editor, in New Orleans**

07 March, 2016 01:00

WHAT could Belfast possibly have in common with New Orleans, the home of jazz, where you can feel the joy de vivre on every corner and where they say time is measured in meals?

Well, it's actually much more than you might think.

Because tourism and economic chiefs in the Big Easy admit they see "many striking parallels" between their great city and the north's more modest capital (although in population terms, both claim an urban population of around 400,000).

The New Orleans Convention and Visitor Bureau (NOCVB), along with business organisations located in the city's World Trade Center, have been speaking to European journalists.

The media group is taking part in a US State Department-sponsored three-city two-week reporting tour in connection with the negotiations around the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) free trade deal.

Speaking to the Irish News, NOCVB senior vice-president of tourism Kim Priez pointed to the broad parallels between New Orleans and Belfast, which include:

- :: Both are spending millions of public and private funds rebuilding their cities, one after the devastation caused by a natural disaster (Hurricane Katrina in August 2005) and the other by a man-made 30-year conflict;
- :: Each believes its out-of-state tourism numbers can only be improved with direct flights to Europe;
- :: Both are investing in the cruise market by improving their respective port and shipping infrastructures;
- :: They have also a marked focus on ‘heads in beds’, with both cities having concentrations of new hotel developments;
- :: Tax breaks are being offered by both cities to help create a hub for film and television production (we have Game of Thrones, they have Brad and Angelina in permanent residency these days);
- :: Both cities are vying to improve the number of start-ups per capita and turn a brain drain into a ‘brain magnet’; and
- :: Every cloud has a silver lining, because it was the macabre which catapulted New Orleans and Belfast to international news prominence, and both are now yielding positives from their former woes.

Okay, so the scale is vastly different. For example, there have been 325 new hotels and 39,000 hotel rooms created in one city versus 15 and 1,200 in the other. New Orleans has also invested eye-popping sums into the hundreds of billions of dollars in infrastructural projects, including the Mercedes-Benz Superdome (\$350m/£247m) and National World War Two Museum (\$320m/£226m) to name but two. Belfast must dream on.

Yet in a striking irony, Ms Priez pinpointed “fixing the schools system” as pivotal for any city to rebuild from its own particular ground zero.

“We had the opportunity to rebuild what was broken first, and that was our schools system. It was one of the reasons why we had so much poverty and division,” she said.

“We had an historic under-current of a cultural problem with children not being educated as they should have, and places not being as prosperous.

"We need a cataclysmic event like Katrina to give us the impetus to change things, and now we've a school system that rocks."

She added: "We had the world watching us as we were being destroyed, so when we were rebuilding, we just had to change and make it better."

NOCVB's communications vice-president Kristian Sonnier added: "My advice to reinventing Belfast would be: don't simply rebuild what you always had."

"Really think about what you would like to have that you never had before, and a simple but good example for us was bike lanes. We had five dedicated miles for cyclists before Katrina. Now we have more than 100 miles.

"So instead of doubling down what was broken before, re-imagine the things you'd like. It's working for us."